

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. A. Dr. Geyer.
Telefon: Emil Dönhoff 4196/4196



Abdruck für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 6
Direktionsdruck: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung erlaubt. Abdruckung bedarf 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungstermin für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 29. März 1930

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Franzosen und Saargebiet.

Grenzsperre zwischen Saargebiet und Deutschland?

SPD. Es hat den Anschein, als ob die seit Wochen zum völligen Stillstand gebrachten Saarverhandlungen wieder aufgenommen werden sollen. An dem guten Willen der deutschen Delegation, das Tempo zu beschleunigen, hat es nie gefehlt. Dagegen machte der französische Partner nicht einmal ernsthaft Anstrengungen, seine Verschleppungsabsichten zu maskieren. Für die Eingeweihten war es längst klar, dass die Verzögerung der Verabschiedung der Younggesetze in Berlin Herrn Tardieu willkommene Gelegenheit bot, die eigenen innerpolitischen Schwierigkeiten, die mit dem Saarproblem in Zusammenhang stehen, vorläufig wenigstens zu binden.

Nach einigen Gesprächen zwischen dem französischen Verhandlungsführer Pernot und dem stellvertretenden deutschen Delegationschef v. Friedberg haben jetzt die Delegationsmitglieder Weisung erhalten, sich wieder in Paris einzufinden. Es soll die Absicht bestehen, die Franzosen vor die Entscheidung zu stellen. Sie sollen Gelegenheit haben, eine ernsthafte Diskussionsgrundlage anzugeben, wobei sie allerdings auf die Forderung der Privatisierung der Saargruben oder die Beteiligung französischen Kapitals an einer saarländischen Kohlenproduktionsgesellschaft von vornherein verzichten müssen. Nach den eindeutigen und einmütigen Erklärungen, die von amtlicher deutscher Seite vorliegen und mit denen sich die Saarbevölkerung aller Grade und Berufe identifizierte, muss diese französische These endgültig aus der Diskussion verschwinden.

Den Franzosen ist nicht unbekannt, auf welchem Gebiet die Deutschen Zugeständnisse zu machen bereit sind. In den vernünftigen französischen Wirtschaftskreisen ist man sich längst klar, dass französischer Vorteil und deutsche Möglichkeiten gegenseitig deckungsfähig sind. Der Grubenbesitzer an der Saar ist für Frankreich noch nie eine reine Freude gewesen. Auch das Geschäft ist in seinem Reinertrag lange nicht so günstig, wie man aus politischen Gründen darzustellen beliebt. Es gibt nicht wenig Kreise in Paris, die ehrlich zugeben, dass die vorzeitige Rückgabe des Saargebiets und der Gruben durchaus mit dem politischen Prestige der französischen Republik in Einklang zu bringen ist. Nach der Meinung dieser Leute, die nüchtern zu rechnen verstehen, sollte es auch nicht schwer sein, eine Einigung über den Rückkaufswert der Kohlengruben zu erzielen. Wobei natürlich ein Zahlungsmodus gesucht werden muss, der keine künftige sachliche Belastung des Saargebiets nach sich zieht.

Merkwürdig ist, dass die Franzosen sich gegen eine Besichtigung der Gruben wehren. Der Abschluss eines Geschäftes - und etwas anderes ist der "Rückkauf" der Saargruben nicht - verpflichtet den Verkäufer, dem Käufer Gelegenheit zu geben, sich von dem Wert und dem Zustand des Kaufobjektes zu überzeugen. Auch die Forderung der Franzosen an die Deutschen, die während des Regimes der französischen Bergwerksdirektion abgeschlossenen Pachtverträge anzuerkennen, rechtfertigt den Wunsch der deutschen Unterhändler, sich durch Augenschein von den unter Missachtung der politischen Grenze beliebten Abbaumethoden der Pächter zu überzeugen.

Die Frage der Pachtverträge wird zweifellos bei den Verhandlungen eine der grössten Schwierigkeiten darstellen. Die Bevölkerung des Saargebiets, insbesondere die Bergarbeiterorganisationen, erkennen die Rechtsgültigkeit der Verträge nur bis zum Jahre 1935 an. Sie wehren sich gegen eine Uebernahme der Vertragspflichten durch den künftigen Besitzer. Demgegenüber verlangen aber die Franzosen nicht nur die Anerkennung der Verträge, sondern sogar eine Erweiterung nach der materiellen Seite. Nach unwiderrufenen Zeitungsmeldungen sollen sogar jetzt, während der Pariser Verhandlungen, Bemühungen im Gange sein, den Pächtern - dem Industriellen de Wendel und der Gesellschaft Savre et Moselle - weitere Pachtfelder zu überlassen. Derartige Manipulationen müssten die Verhandlungen ausserordentlich erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Wenn sich die Mitteilungen bewahrheiten, haben sich die Franzosen damit weit von den Methoden des ehrlichen Unterhändlers entfernt.

+ + +
Von anderer Seite erhalten wir eine Nachricht, die, wenn sie sich bewahrheitet, nur angetan ist, das deutsch-französische Verhältnis unfreundlich zu beeinflussen. Nach einer besonderen französischen Quelle hat die Saarregierungs-kommission an die deutsche Reichsregierung eine Note gerichtet, in der Besprechungen über die sogenannte Saargängerfürsorge gewünscht werden. Die Regierungskommission behauptet, der Arbeitsmarkt im Saargebiet werde durch die von der deutschen Reichsregierung an die im preussischen und pfälzischen Grenzgebiet ansässigen und im Saargebiet beschäftigten Arbeiter gewährte Unterstützung ungünstig beeinflusst. Die gewünschten Verhandlungen sollen der Ueberlegung, wie die Schwierigkeiten, die auf dem Arbeitsmarkt des Saargebietes angeblich durch die Saargängerunterstützung entstanden sind, beseitigt werden können, dienen.

Die Regierungskommission soll sich mit dem Gedanken beschäftigen, von der deutschen Regierung die Einstellung der Unterstützungs-massnahmen zu fordern. Sollte die deutsche Reichsregierung es ablehnen, sich in die rein innerpolitische Angelegenheit von der Völkerbunds-Regierungskommission hineinregieren zu lassen, erwägt man nach den Mitteilungen unserer Gewährsleute Repressalien. Nach Lage der Sache könnte es sich dabei nur um eine Sperre der Grenze gegen den Arbeiterverkehr von den deutschen Grenzgebieten her handeln. Als Vater der Note gilt das französische Mitglied der Regierungskommission Monsieur Maurice. Man glaubt, dass er sich zu einer Hilfsstellung für die französischen Unterhändler über die vorzeitige Rückgliederung des Saargebietes bereit gefunden hat. Die Schwierigkeiten der deutschen Regierung werden weniger aus dem Saargebiet selbst als aus dem deutschen Grenzgebiet erwartet. Jedes Entgegenkommen gegenüber den französischen Wünschen in handelspolitischer und zollpolitischer Beziehung wird auf den Widerstand der auf die Wiedergewinnung des Saarabsatzmarktes rechnenden Landwirte und Gewerbetreibenden im Saargrenzgebiet stossen. Die Franzosen erwarten von dort indirekte Unterstützung ihrer Gruben- und Pachtfelderwünsche. Sie wollen durch die Drohung der Arbeitsmarktsperre die Beseitigung der Saargängerunterstützung erreichen und dadurch den Unwillen im Saargrenzgebiet steigern, d.h. sie wollen die handelspolitische Front der deutschen Unterhändler schwächen und so die eigenen Grubenwünsche fördern.

SPD. Leipzig, 29. März (Eig. Drahtb.)

Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich am Sonnabend der 27 Jahre alte Schriftleiter Wollweber aus Köln wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu verantworten. Der vierte Strafsenat verurteilte Wollweber zu 1 Jahr 6 Monaten Festungshaft. Die Unbrauchbarmachung der beanstandeten Zeitungen, Formen und Platten wurde angeordnet.

SPD. Weimar, 29. März (Eig. Drahtb.)

Der Thüringische Landtag nahm am Sonnabend in der Schlussabstimmung mit 28 Stimmen der Rechtsparteien gegen 25 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten das Ermächtigungsgesetz an. Das Ermächtigungsgesetz sieht vor, dass bis zum 30. September 1930 die Regierung Behörden aufheben, neue errichten und die Zusammenlegung von Behörden vornehmen kann. Ferner kann sie mit Hilfe des Gesetzes die Gemeinde-, Reichs- und Landesverwaltungsordnung abändern, das Verfahren in Verwaltungssachen, das Verwaltungsgerichtsverfahren, insbesondere den Rechtsmittelweg abändern, die kommunale Polizei verstaatlichen und Beamte nach Belieben abbauen.

Die Sozialdemokratie erklärte, gegen das Gesetz zu stimmen, weil es nur zu dem Zweck gemacht wurde, um die lästige sozialdemokratische Opposition bei Gesetzesänderungen auszuschalten, weil nach Aussage des Landbundesführers Höfer das Ermächtigungsgesetz eine Vertrauenssache ist und die Regierung das Vertrauen nicht besitze und weil durch das Ermächtigungsgesetz nur republikanische Beamte, Anwärter und Angestellte abgebaut werden sollen. Ferner soll mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes ein Gehaltsabbau, vorwiegend aber ein weiterer Abbau der Schule und der sozialen Aufgaben erfolgen. Die Sozialdemokratische Partei lehnt das Gesetz auch deshalb ab, weil es ihrer Meinung nach verfassungsändernd ist. Sie liess durch ihren Sprecher erklären, dass sie alle Wege beschreiten wird, um die Ungesetzlichkeit des Gesetzes nachzuweisen.

SPD. Das Ermächtigungsgesetz des Herrn Frick hat selbst bei der Deutschen Volkspartei in Thüringen schwere Bedenken hervorgerufen. Die Deutsche Volkspartei hat ihre Zustimmung an die Erwartung geknüpft, dass das Gesetz "loyal und massvoll" durchgeführt werde. Für die Art und Weise, wie Herr Frick sich "loyal und massvoll" verhält, hat die Volkspartei in Thüringen in der letzten Zeit Beispiele genug erlebt. Herr Frick ist in der schärfsten und provozierendsten Form gegen volksparteiliche Beamte eingeschritten, seine Abbaumassnahmen in grösserem Umfange haben in erster Linie höhere Ministerialbeamte betroffen, die der Deutschen Volkspartei angehören. Der Zweck dieses Gesetzes, das von Herrn Frick mit aller Energie betrieben worden ist, ist offenbar, für die nationalsozialistische Partei die Möglichkeit des Eindringens in die Thüringer Verwaltung in grösstem Masstabe zu schaffen. Herr Frick will den Verwaltungsumbau und den Beamtenabbau nicht um der Vereinfachung der Verwaltung willen sondern um die personelle Zusammensetzung des Verwaltungsapparates im nationalsozialistischen Sinne umzuändern.

Das Gesetz, das mit nur drei Stimmen Mehrheit verabschiedet worden ist, trägt zweifelloos verfassungsändernden Charakter. Der Versuch es mit drei Stimmen Mehrheit zu verkünden und in Kraft zu setzen, ist der Versuch eines Staatsstreiches auf kaltem Wege. Als einst die Reichsregierung mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes in der Periode der Stabilisierung zum Mittel des Beamtenabbaues griff, war es selbstverständlich, dass ein solches Gesetz verfassungsändernden Charakter trug, es wurde seinerzeit auch mit verfassungsändernder Mehrheit verabschiedet. Die Beamtenorganisationen in Thüringen protestieren laut gegen dieses Gesetz. Sie erklären, dass es gegen den Artikel 129 der Reichsverfassung verstösst. Der Allgemeine Deutsche Beamten-Bund hat seine Bedenken gegen dieses Gesetz in einer Eingabe dem Reichsinnenministerium als dem Verfassungsministerium vorgetragen und gebeten, in eine Prüfung der Rechtslage einzutreten.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat bei der Verabschiedung des Gesetzes ihren Widerspruch erhoben. Sie wird wegen der offenkundigen Verletzung der Artikel 5 und 13 der Reichsverfassung, die durch die Verkündung des nur mit einfacher Mehrheit angenommenen Gesetzes erfolgt, sowohl den Staatsgerichtshof für Thüringen als auch den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anrufen.

SPD. Die Verhandlungen des Herrn Brüning begegneten im Laufe des Sonnabend sehr grossen Schwierigkeiten. Herr Schiele stellte die Forderung, dass die neue Regierung sein umfangreiches Agrarprogramm akzeptieren und damit einen grundlegenden Wechsel in der deutschen Handelspolitik vollziehen müsse. Damit wäre zugleich die Notwendigkeit neuer Verhandlungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag gegeben gewesen. Die Wirtschaftspartei liess erklären, dass sie sich nur beteiligen würde, wenn sämtliche bürgerlichen Parteien an der Regierung teilnehmen würden, ihre Teilnahme würde auch dann fraglich sein, wenn sich Schiele ohne Unterstützung seiner Fraktion persönlich beteiligen würde. Auf der anderen Seite hat der Reichspräsident sehr dringend gewünscht, dass eine Regierung Brüning-Schiele zustande käme. Am Sonnabend abend verlautete, dass Herr Brüning sein Kabinett fertig habe. Es wurde folgende Liste genannt:

Reichskanzler Brüning, Ausseres Dr. Curtius, Inneres Dr. Wirth, Finanzen Dr. Moldenhauer, Wirtschaft Dietrich, Arbeit Stegerwald, Justiz Dr. Bredt, Reichswehr Groener, Verkehr Guerard, Post Schätzl, Minister ohne Portefeuille Treviranus, Ernährung Schiele.

SPD. Herr Brüning unternimmt ein gefährliches Experiment. Mit den Herren Schiele, Treviranus und Bredt hat er drei Politiken in sein Kabinett aufgenommen, die gegen den Youngplan wie gegen das Republikerschutzgesetz gestimmt haben. Dass er für dies Kabinett eine Reichstagsmehrheit erhalten könnte, ist ausgeschlossen - die Sozialdemokratie wird dieser Regierung selbstverständlich die entschiedenste Opposition entgegenstellen. Und was dann?

Herr Brüning will den Reichstag auflösen und die Finanzgesetze mit dem Art. 48 durchführen. Nur die Finanzgesetze? Mit Schiele und Treviranus sind in diesem Kabinett zwei Politiker, die den Kurs gegen die Verfassung nehmen wollen. Herr Treviranus hat am Sonnabend in den "Volkskonservativen Stimmen" sein Programm wie folgt entwickelt:

"Heute gilt nur der klare und nüchterne Wille, die planmässige Neuordnung unseres Staatswesens vorzunehmen, ohne die das Volk unter den Tributlasten einfach zugrunde gehen muss. Diese Aufgaben müssen mit grösster Energie und ohne Rücksichten nach irgend einer Seite, allein das Wohl des Vaterlandes vor Augen, durchgeführt werden.

Wenn dieser Versuch scheitert, wenn die sicher zu erwartenden Widerstände unüberwindbar werden sollten, dann sind alle legalen Möglichkeiten zu einer Ordnung des deutschen Lebens erschöpft, dann bleibt nur noch Chaos oder Diktatur. Das ist der Sinn dieser Stunde. Die grössten Hoffnungen einer ganzen Generation unseres Volkes hängen sich an sie; es ist die Generation, die schon einmal Hindenburg gehorcht hat."

Es lohnt nicht, über diese Anschauung von Leuten zu diskutieren, die das Wesen einer demokratischen Staatsform noch nicht begriffen haben - aber dass Herr Brüning eine politische Ehe mit Herrn Treviranus eingeht, ist angesichts dieses Programms ausserordentlich belastend für Herrn Brüning.

Die deutschnationalen "Hamburger Nachrichten" gestehen, dass über das nun zustande gekommene Kabinett Brüning schon wochenlang zwischen den Parteien verhandelt worden sei! Man kann daran ermassen, wie verlogen die Aeusserungen sind, die der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Schuld an der Krise zuschieben!

Herr Brüning steuert das Zentrum in einer ausgesprochenen Bürgerblock-Kur und dazu mit der Perspektive auf einen Staatsstreich. Er wird sehen, wie weit er mit diesem Kurs kommt - für die Diktatur ist in Deutschland kein Boden, und das Spiel mit dem Artikel 48 ist das Spiel mit dem Feuer!

SPD. Warschau, 29.März (Eig.Drahtb.)

Abgeordneter Jan Pilsudski hat heute mittag auf die Bildung des Kabinetts verzichtet, obwohl er vor Beginn der Sejmsitzung noch hoffte, ein Kabinett zusammenstellen zu können und der Regierungsblock aus diesem Grunde seine für die Sejmsitzung angekündigte Obstruktion noch in letzter Minute abblies. Die Sitzung verlief vollkommen ruhig und endete mit der Verabschiedung des Budgets. Nach der Sitzung kam es aber noch zu einer Schlägerei zwischen der Regierung und den nationaldemokratischen Abgeordneten, wobei die von den Regierungsabgeordneten für die Obstruktion vorbereiteten Instrumente, die Gummiknüppel, Stöcke usw. zum Vorschein kamen. Es wird vielfach angenommen, dass die Betrauung Jan Pilsudskis mit der Regierungsbildung nur ein Scheinmanöver war, um die Schliessung der Budgetsession abzuwarten und auf diese Weise freie Hand zu bekommen.

SPD. Kiel, 29.März (Eig.Drahtb.)

Als Fortsetzung des im Vorjahre in Kiel abgehaltenen deutsch-dänischen-Friedenstreffens veranstaltet der dänische Friedensbund-Völkerbundsverein am 20.Mai in Kopenhagen eine weitere deutsch-dänische Demonstration. Aus Schleswig-Holstein werden sich aus diesem Anlass grosse Delegationen nach Kopenhagen begeben.

SPD. Da die politische Lage ein allgemeines Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel zur Abwehr örtlicher Gefahren für die öffentliche Sicherheit zurzeit nicht mehr erforderlich erscheinen lässt und die Polizeibehörden - neben den nach dem neuen Republikenschutzgesetz gegebenen Möglichkeiten - gemäss Artikel 123, Abs.2 der Reichsverfassung im Einzelfalle Massnahmen zu treffen in der Lage sind, hat der Preussische Minister des Innern seine Verbotsverfügung vom 16.Januar 1930 jetzt aufgehoben.

SPD. Aachen, 29.März (Eig.Drahtb.)

In Eschweiler sind bekanntlich zwei Kommunisten, der Stadtverordnete Kohnen und der frühere Rotfrontkämpfer Ripphausen wegen eines angeblichen Dynamitanschlages auf das Rathaus in Eschweiler verhaftet worden. Die beiden Verhafteten bestreiten den Versuch eines Sprengstoffanschlages. Sie wollen die Sprengmunition besorgt haben für eine in kurzer Zeit zu erwartende Revolution, um Waffen und Kampfmittel gegen die Polizei zu haben. Ripphausen entwendete die Sprengpatronen und Sprengkapseln auf der Grube Eschweiler. Die entwendete Munition verpackten sie beide in Blechdosen und vergruben sie im Walde. Der grösste Teil der Munition konnte wieder zur Stelle geschafft werden. Im weiteren Verlauf der Ermittlungen nahm die Polizei noch den kommunistischen Stadtverordneten Weber aus Eschweiler wegen Verdachtes der Mittäterschaft fest.

SPD. Die Berliner Polizei hat am Sonnabend Mittag eine Razzia in dem kommunistischen sogenannten ersten europäischen Bauernkongress, der in Berlin stattfand, abgehalten. Das Tagungslokal wurde von Kriminalbeamten besetzt, sämtlichen Delegierten zu dem Kongress wurden die Pässe gegen Quittung abgenommen. Die Pässe wurden einer genauen Prüfung unterzogen, um festzustellen, ob und welche Delegierte sich mit gefälschten Pässen in Deutschland aufhalten.

25 Personen, die überhaupt keine Pässe hatten, wurden festgenommen. Ein englischer Professor, der an dem Kongress teilnahm, hielt es für nötig, bei der grossbritannischen Botschaft zu protestieren.

SPD. Warschau, 29.März (Eig.Drahtb.)

Der Führer des Regierungsblocks Oberst Slawek ist heute mit der Regierungsbildung betraut worden. Das Kabinett Slawek will voraussichtlich neuerdings eine Regierung der starken Hand werden, umsomehr als das Parlament wahrscheinlich nun nach der Schliessung der Sejm-session für lange Zeit nicht mehr zu Wort kommen dürfte. Man befürchtet, dass Slawek demonstrativ die Minister, denen von Parlament das Misstrauensvotum ausgesprochen worden ist, in das Kabinett berufen wird.

SPD. New York, 29.März (Eig.Drahtb.)

Gouverneur Roosevelt hat den deutschen Bürger Edel, der zum Tode verurteilt war, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Die Hinrichtung des angeblichen Mörders, dessen Fall allgemeine Beachtung erregt hat, war nach viermaligem Aufschub auf nächste Woche festgesetzt worden. Der Begnadigungsakt unterstreicht dass berechnete Zweifel an dem Beweismaterial vorhanden sind, deren Nichtbeachtung bei der Vollstreckung des Todesurteils zu nicht wieder gutzumachenden Folgen führen würden.

SPD. Paris, 29.März (Eig.Drahtb.)

Tardieu hielt seine mit Spannung erwartete Rede in der Ratifikationsdebatte am Sonnabend vormittag in der französischen Kammer. Die Rede war ausser politisch eine Überraschung, innerpolitisch eine Sensation. Überraschend, und zwar in günstigem Sinne wirkte, dass Tardieu, der noch vor einigen Tagen heftige Auseinandersetzungen mit Briand über die Interpretierung der Haager Vertragstexte hatte, sich gerade in der Sanktionsfrage den Standpunkt Briands vollinhaltlich zu eigen gemacht hatte. Vom innerpolitischen Standpunkt gesehen wirkte es aber geradezu sensationell, dass der Führer der rechten Hälfte der Kammer, der es noch vor einem Monat vorgezogen hatte, statt eines Kabinetts der republikanischen Konzentration ein Kabinett der Reaktion ins Leben zu rufen, ein geradezu begeistertes Bekenntnis zur Briand-Herriot'schen Politik der Annäherung an Deutschland ablegte und sich auch nicht scheute, seine Bekehrung zur Aussenpolitik der Linken offen von der Kammertribüne aus zu verkünden. Dass allerdings dieser etwas plötzlichen Bekehrung tatsächlich eine ehrlüche Wandlung der Anschauung zugrunde liegt, darf wohl mit Recht bezweifelt werden, ebenso ihre Dauerhaftigkeit. Denn schon in der Nachmittagssitzung hat der junge pazifistische Ruhm Tardieus eine wesentliche Einschränkung erfahren. Kaum sechs Stunden nachdem Tardieu feierlichst versichert hatte, dass alle theoretisch möglichen Sanktionsmassnahmen gegen Vertragsbrüche Deutschlands sich ausschliesslich nur im Rahmen des Völkerbündspaktes und der verwandten internationalen Verträge bewegen, dementierte der französische Ministerpräsident von der Kammertribüne aus seine eigenen Worte. Den Anlass zu diesem, für das europäische Prestige der französischen Regierung ausserordentlich bedauerlichen Zwischenfall, gab eine Anfrage Herriots, der den Ministerpräsidenten aufforderte, nochmals eindeutig seinen Standpunkt in der Sanktionsfrage darzulegen, insbesondere nochmals formell zu erklären, dass Sanktionsmassnahmen nur im Rahmen des Völkerbundes möglich seien. Darauf antwortete Tardieu, es sei zwar selbstverständlich, dass nachdem der Haager Schiedsgerichtshof einmal

durch die Gläubigermächte einberufen wurde, alle anderen Mechanismen des Völkerbundes gleichfalls zwangsläufig in Aktion treten. Im Falle jedoch, dass diese Massnahmen sich als ungenügend erweisen sollten, trete die Handlungsfreiheit, die sich Frankreich im Haag ausbedungen habe, als zusätzliche Sicherheitsmassnahme hinzu.

Herriot erwiderte darauf sofort, dass er sich im Namen der radikalsozialen Partei mit den Ausführungen des Ministerpräsidenten nicht identifizieren könne, denn es sei unmöglich, zu gleicher Zeit den Völkerbund in Anspruch zu nehmen und sich Massnahmen vorzubehalten, die auf die alten Methoden der Diplomatie zurückgriffen und ausserhalb des Rahmens des Völkerbundes spielten.

Tardieu beginnt seine Rede mit einem ausführlichen Überblick über die Entwicklung des Reparationsproblems vom Versailler Vertrag bis zum Young-Plan. dessen äusseres Merkmal die nach ausserordentlichen Schwierigkeiten erfolgte Verwandlung der politischen Schuld in eine Handelsschuld sei. Auf der zweiten Haager Konferenz habe Frankreich drei Hauptziele verfolgt und alle drei erreichen können: der endgültige Charakter des Young-Planes, der im ersten Artikel des Vertrages schriftlich bestätigt wurde; die Priorität des französischen Anspruches auf die ungeschützten Annuitäten; die Frage der Kommerzialisierung. Die Aussprache mit den Vertretern Deutschlands sei stets im Zeichen einer vollkommenen Ehrlichkeit von beiden Seiten gestanden. Keine Partei hätte versucht, die andere zu düpiieren; alles wurde in voller Offenheit gesagt. Die Lösung, die im Haag erreicht wurde sei vollauf befriedigend, sowohl von psychologischen wie von politischen und finanziellen Standpunkt aus gesehen; sie bedeute den ersten wirklichen Schritt zur deutsch-französischen Annäherung.

Nun kam Tardieu zur Frage der Sanktionen.

In dem Moment, da die politische Schuld zu einer Handelsschuld verwandelt wurde, erklärte er, müssten auch die politischen Sanktionen durch andere ersetzt werden. Der Young-Plan habe die Reparationskommission zum Tode verurteilt und die Reparationskommission habe zugleich die Voraussetzung für die im Artikel 430 des Versailler Vertrages vorgesehenen Sanktionsmassnahmen gebildet; verschwände die Reparationskommission, müssten auch diese verschwinden, Man müsse für den wenn auch nur theoretischen Fall einer Zahlungsverweigerung Deutschlands neue Massnahmen finden. Diese Massnahmen seien: das Feststellungsverfahren durch den Haager Gerichtshof, die Wiederherstellung der französischen Handlungsfreiheit nach erfolgter Feststellung der deutschen Schulden durch diese. Durch die Feststellung dieses Verfahrens hätten sich aber die Gläubigermächte darauf festgelegt, alle ihre Schritte nur im Rahmen der Völkerbunds- und der internationalen Vereinbarungen vorzunehmen. Der Haager Schiedsgerichtshof als Vermittlungsinanz liege im Rahmen der Genfer Institutionen; die Handlungsfreiheit für Sanktionen wirtschaftlicher und finanzieller Natur sei gleichfalls auf den obigen Rahmen beschränkt.

Und überdies handle es sich ja stets nur um eine Hypothese in extremis - denn niemand glaube heute daran, dass Deutschland eines Tages wirklich seine Verpflichtungen böswillig verletzen würde.

"Niemand ist in seinen Anschauungen unfehlbar" - schloss der französische Ministerpräsident seine Rede - vielleicht seine erste Rede, die europäisches Format aufzuweisen hat. Und wenn die Rechte ihre Anschauungen revidiert und sich zur Aussenpolitik der Linken bekennt, so könne sich die Linke ebenso wenig wie die internationale Politik darüber beschweren. Frankreich stehe heute wie einst vor Entscheidungen von ausserordentlicher Tragweite, und dies sei nicht nur vom nationalen Standpunkt, sondern für das gesamte Leben Europas ein nicht zu unterschätzendes Resultat.

Nach Tardieu sprach Grumbach für die Sozialisten. Er würdigte gleichfalls ausführlich die internationale Bedeutung des Young-Planes und erklärte u.a., es seien die Haager Verträge gewesen, die den Abschluss des deutsch-polnischen Vertrages ermöglicht hätten. Gegenüber der 1919 von den Gläubigern eingenommenen Haltung bedeute er ein ungeheurer Fortschritt. - Hier unterbricht Tardieu

den Redner um zu bemerken, dass im Jahre 1919 nicht Frankreich, sondern England es gewesen sei, das die endgültige Fixierung der deutschen Schulden verhindert habe. - Was die Internationale Zahlungsbank betreffe, könne die einzige Garantie gegen die Möglichkeit ihres Missbrauchs ihres gewaltigen Einflusses nur darin bestehen, dass in allen europäischen Staaten Regierungen herrschen, die der Macht des internationalen Finanzkapitals nicht unterworfen sind.

Die Räumung des Rheinlandes sei im Interesse des europäischen Pazifismus geradezu eine Wohltat zu bezeichnen, desgleichen die Tatsache, dass nach dem Young-Plan keine andere Zwangsmassnahmen mehr möglich seien als solche wirtschaftlicher und finanzieller Natur. - Wieder unterbricht Tardieu: "...nur Massnahmen im Rahmen des internationalen Rechtes..."

Die Sozialisten würden für den Young-Plan stimmen, erklärte Grumbach. Sie täten es aber nicht der Regierung zuliebe, sondern aus Treue gegen ihre seit zehn Jahren verfolgte Aussenpolitik. Sei der Young-Plan einmal ratifiziert, so würden die Sozialisten ihren innerpolitischen Kampf gegen die Regierung weiter fortsetzen.

SPD. Amsterdam, 29.März (Eig.Drahtb.)

Der Vorsitzende des Abrüstungsausschusses der sozialistischen Arbeiterinternationale, Genosse Kalbardar, hat den Abrüstungsausschuss zu Anfang Mai nach Berlin einberufen, um eine von ihm entworfene Denkschrift zu verschiedenen Abschnitten der Abrüstungsfrage zu behandeln.

SPD. In der Vollsitzung des Reichsrats am Sonnabend Abend widmete der Vorsitzende Staatssekretär Dr. Zweigert dem nach mehr als zehnjähriger Mitgliedschaft scheidenden Hamburgischen Bevollmächtigten Senator Dr. Strandes warme Worte des Abschieds, auf die Dr. Strandes bewegten Herzens antwortete. Ohne Einspruch zu erheben nahm der Reichsrat dann Kenntnis von der Verabschiedung folgender Gesetze durch den Reichstag: Novelle zur Pachtschutzordnung, Beteiligung des Reiches an der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, Verwendung der Industriebelastung, Notetat für 1930 und Nachtragsetat für 1929. Annahmefand auch bei Stimmenthaltung des Landes Thüringen das neue Hausgehilfengesetz.

Über eine Verordnung zur Ausführung des Republikschutzgesetzes berichtete Preussischer Ministerialdirektor Dr. Badt. Der Reichsrat genehmigte die Verordnung in der Ausschussfassung.

SPD. Warschau, 29.März (Eig.Drahtb.)

In den späten Abendstunden des Sonnabend hat Oberst Slawek das neue polnische Kabinett gebildet, dem alle Minister des zurückgetretenen Kabinetts Bartel angehören mit Ausnahme des Justizministeriums, das von Car übernommen wurde, der im vorletzten Kabinett Switalski denselben Posten innehatte. Der Arbeitsminister Prystor, dem der Sejm das Misstrauensvotum ausgesprochen hatte ist, wie befürchtet, von Slawek wieder eingesetzt worden. Der Staatspräsident hat gleichzeitig die Parlamentssession für unbestimmte Zeit geschlossen.

SPD. Im Tarifstreit der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit den Angestelltenvereinigungen ist ein Schiedsspruch gefällt worden, wonach der Reichsbahnangestelltentarifvertrag unverändert wieder in Kraft gesetzt werden soll.

Aus aller Welt

Die Söhne des Himmels schwiegen...

Aber die Ermordung des Liebhabers der "schönen Louise" kam doch ans Tageslicht.

SPD. Zum ersten Mal in der französischen Kriminalgeschichte ist in Lyon der Fall eingetreten, dass sich ein Chinese wegen Mordes zu verantworten hat. Natürlich handelt es sich um eine Frau, die "schöne Louise", wie sie genannt wird, deren verführerische Reize den sonst harmlosen Sohn des Himmels zu seiner unseligen Tat getrieben haben.

Nicht weniger als 100 000 Chinesen wohnen nämlich in Frankreich. Auch in Lyon schlagen sich viele von ihnen als Fabrikarbeiter oder Strassenhändler schlecht und recht durchs Leben. Im Gegensatz zu den zahlreichen dort lebenden Polen hört und liest man selten davon, dass ein Chinese mit den Strafbehörden in Konflikt kommt. Hin und wieder taucht ein Chinese in den Hintergründen dieses oder jenes Opiumskandals auf, aber im allgemeinen führen die gelben Gäste in ihren Baracken ein ruhiges, genügsames Leben. Louise aber, eine Französin, war so schön, dass um ihretwillen Blut floss....

Ein chinesischer Festtag gab den Mitgliedern der chinesischen Kolonie Gelegenheit zu einer lustigen Feier in ihren Baracken. Man tanzte, trank und lachte, und die Zeit verfloss im Nu. Aber gegen Mitternacht entdeckte Kiday, ein junger Strassenhändler, dass seine Freundin, die schöne Louise spurlos verschwunden war. Er ging auf die Suche nach ihr. Und es dauerte auch nicht lange, dass er die Treulose in den Armen seines Landsmannes Yug entdeckte. Yug stand im Kreis der Seinen im Rufe eines schlimmen Don Juan. Kein Wunder, dass er nicht gewillt war, das Glück der neuen Liebe, die sich ihm zu bieten schien, preiszugeben.

Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Rivalen war kurz und eindeutig. Man begab sich in ein abseitiges Zimmer. Vor Schrecken bleich wartete Louise - und als ihr die Zeit des Wartens zu lang wurde, als sie schon Angst bekam, dass da etwas Furchtbares geschehen sei, da vertraute sie sich den anderen Gästen an. Die Musik verstummte, der Tanz hörte auf. Einige beherzte Chinesen klopfen an die Tür des Zimmers, in das sich die Rivalen zurückgezogen hatten. Aengstlich zitternd lugten die Chinesenfrauen über die Achseln ihrer Männer. Niemand antwortete.

Man klopfte noch einmal - aber es rührte sich wieder nichts.

Aengstlich wurde jetzt die Tür geöffnet. In einer Blutlache lag, in seinen letzten Zügen stöhnend, ermordet am Boden Kiday.

Und der Mörder? Der Mörder war spurlos verschwunden.

Das Fest wurde abgebrochen.

Es dauerte lange, bis die Polizeibehörde mit der Sache zu tun bekam. Im Reiche des Himmels herrscht in den Dingen der Liebe und der Rache eine andere Logik als in Europa. Statt die Angelegenheit zur Anzeige zu bringen, suchten die Chinesen den Mord zu verheimlichen. Sie begruben den Toten noch in der gleichen Nacht und teilten der "schönen Louise", die das Fest ihrer gestörten Freude schon vor der Aufdeckung der entsetzlichen Tat verlassen hatte, mit, dass ihr Liebhaber plötzlich nach Paris verreist war. Louise schöpfte aber Verdacht und benachrichtigte die Polizei, als Kiday sich nie mehr blicken liess.

Mehrere Wochen verliefen die Nachforschungen ergebnislos. Die Söhne des

Himmels schwiegen wir das Grab und liessen sich eher tagelang einsperren, als dass sie auch nur ein Wort verraten hätten. Doch endlich gelang es einem Lyoner Polizeinspektor, vier Chinesen im Kreuzverhör zur Aussage zu bringen. Sie klärten die Tat auf und gaben auch das Versteck an, in dem sich der Mörder verborgen hielt. In Le Creuzot, der Heimat des französischen Artilleriearsenals, wurde er ermittelt und vor einigen Tagen verhaftet.

Yug ist geständig. In den nächsten Wochen schon wird er vom Lyoner Schwurgericht abgeurteilt werden.

+ + +
Ein weiblicher Bürgermeister. In der Gemeinde Gobia im Komitat Dambovita wurde der erste weibliche rumänische Bürgermeister Maria Eisenberg Maniescus gewählt. Die Bauernschaft veranstaltete bei der Vereidigung grosse Sympathiekundgebungen.

+ + +
Raubmordaufklärung nach Jahren? Im Laufe einer Schöffengerichtsverhandlung in Friedland (Mecklenburg) beschuldigten zur grossen Überraschung des Gerichts die beiden Polen Dawidawicz und Scepaniski ihren Komplizen Rochulsak, mit dem sie einen Raub ausgeführt hatten, eines Mordes. Uebereinstimmend behaupteten Beide, dass Rochulsak jedem von ihnen, und zwar unabhängig voneinander eingestanden hätte, dass er vor mehreren Jahren einen Landwirt in einem Dorfe bei Stolp in Pommern niedergeschossen und um 12 000 Mark beraubt habe. Darauf habe er die Leiche in einem Keller verscharrt. Das Verbrechen sei bis heute noch nicht aufgeklärt worden. Der Landwirt gelte noch als vermisst. Rochulsak bestritt entschieden, dass diese Angaben seiner beiden Komplizen zutreffen. Es wird eine Untersuchung eingeleitet werden, auf deren Ergebnis man gespannt sein kann.

+ + +
Der rasende Liebhaber. In Drusenow (Mecklenburg) geriet der aus Berlin stammende Arbeiter Schuft mit seiner dort in Stellung befindlichen Braut in einen Streit, da diese sich geweigert hatte, mit ihm nach Berlin zu fahren. Der Arbeiter suchte das Mädchen mit Gewalt zum Mitfahren zu zwingen und bedrohte sie mit einem Revolver. Das Mädchen entfloh. Schuft eilte ihm nach und gab zwei Schüsse ab. Durch einen Schuss in den Rücken wurde die Fliehende schwer verletzt und musste sofort in ein Krankenhaus überführt werden. Der Täter ist flüchtig. Er wird von der Untersuchungsbehörde steckbrieflich verfolgt.

+ + +
Heisst das Tetzner=Opfer Gbonsala? Es war bis jetzt nicht möglich gewesen, die Personalien des Wanderburschen zu identifizieren, der von dem Versteckungsmörder Erich Tetzner aus Leipzig lebenden Leibes verbrannt worden ist. Nunmehr hat sich eine Familie Gbonsala aus Schrobenhausen bei Augsburg gemeldet, die ihren 22 Jahre alten Sohn Erich seit November vorigen Jahres vermisst. Seit der fraglichen Zeit, zu der das Tetzner=Opfer verbrannt worden ist, hat der junge Mann, der von Beruf Bergarbeiter war, sich aber auf Wanderschaft befand, nichts mehr von sich hören lassen. Auch ist Gbonsala Deutsch=Böhme, und Tetzner gibt gleichfalls an, dass es sich auch bei dem verbrannten Wanderburschen um einen Deutsch=Böhmen gehandelt habe.

+ + +
"Europa"s Rückreise. In der Nacht zum Sonnabend verliess die "Europa" wieder das Brocklyn=Dock zur Rückreise nach Bremen. Ausser Angehörigen und Freunden der Passagiere hatten sich auch zahlreiche andere Zuschauer eingefunden, die mit lauten Rufen dem Ozeanriesen ein jubelndes Abschiedsgeleit gaben. Das Publikum zeigte in Wetten und Diskussionen grosses Interesse dafür, ob und in der Ostrichtung der Rekord der "Bremen" geschlagen werden wird. Uebrigens ist in Amerika die Behauptung aufgetaucht, dass die "Europa" den Westrekord der "Bremen" eigentlich nicht überboten habe, da das Ambrose=Kanal=Feuerschiff sich jetzt weiter seewärts befände. Die Bundesbehörde erklärt indessen, dass das Feu-

erschiff nicht scowärts, sondern nur südwärts geschleppt worden sei, wodurch die Entfernung eher verlängert als verkürzt worden wäre.

+ + +

"Nachtgespenst" kein lohnender Beruf. Das vor einigen Tagen am Bahnhof Wedding in Berlin verhaftete Nachtgespenst, das sich kurz vor dem Ergriffenwerden durch einen Sturz noch einen Beinbruch zuzog, hat bis jetzt 12 Wohnungseinbrüche zugegeben, die alle in der nachtgespenstisch=üblichen Weise verübt worden sind. Der geheimnisvolle Dieb, der übrigens nicht Kastrow heisst, sondern einen Namen führt, der im Interesse der Untersuchung noch nicht mitgeteilt werden kann hat früher sein Brot als Faust- und Ringkämpfer in Vergnügungsparks verdient. Von seinen Einbrüchen, deren Beute er in einem Lokal in der Münzstrasse zu Geld machte, will er notdürftig von der Hand in den Mund haben leben können.

+ + +

Ein Journalistenheim in Berlin. Am Freitag abend ist in Berlin "das Haus der Deutschen Presse", eine als Festhaus und Klubheim umgebaute Villa in der Tiergartenstrasse, in der vor langen Zeiten Adolf von Liebermann und Ferdinand Reichenheim wohnten, vom Reichsverband der Deutschen Presse seiner Bestimmung übergeben worden. Die Freude über die bauliche Verwirklichung einer längst gehegten Idee kam in den Ansprachen von Gustav Richter, dem Vorsitzenden des Reichsverbandes, und Wilhelm Ackermann besonders zum Ausdruck. Ausserdem ergriffen das Wort Vertreter der ausländischen und Beteranen der Berliner Presse. In einer der behaglich und stilglatt eingerichteten Räume, die eine Umschöpfung der Architekten Grosse und Virchow darstellten, erblickt man als selbstironisches "Symbol" des Journalismus eine goldbronzene Ente.

+ + +

"Silberkugel" vorläufig - lahmgelegt. Die Absicht des englischen Rennfahrers Kaye Don, Segraves Geschwindigkeits=Weltrekord mit seinem 4000 PS* Rennwagen "Silberkugel" zu brechen, kann vielleicht dadurch nicht Wirklichkeit werden, dass die oberste amerikanische Motorsportbehörde ganz unerwartet ihre Genehmigung zum Geschwindigkeitsrennen am Strande von Daytona zurückzog. Es handelt sich darum, dass die Stadt Daytona von sich aus an ihrem Strande Autorennen veranstaltet, obschon die Automobile Association die Bahn lediglich für die offiziellen Weltrekordversuche einrichtete. Die Automobil-Association ist der Meinung, dass die Stadt Daytona das bereits für nächsten Sonntag angesetzte Rennen absagen muss. Gibt die Stadt nicht nach, so wäre der finanzielle Leidtragende zunächst die englische Firma Sunbeam, die bis jetzt zur Vorbereitung für Weltrekordversuch mehr als eine Million Mark ausgegeben hat.

+ + +

Londons Aschingert. In London starb Mr. Pearce im Alter von 80 Jahren. Er war der Schöpfer der ersten Londoner Schnellgaststätten, der sogenannten Quick=Lunch=Restaurants. Schon vor 55 Jahren gab es in London Leute, die keine Zeit hatten, und Pearce begann an ihnen zu verdienen, indem er an sie fertige Speisen aus einer gemieteten Tonne verkaufte. Aus der Tonne wurde das erste Restaurant, erst folgten mehrere, später sogar Dutzende.

+ + +

Der Tod auf der Landstrasse. Ein vom Flugplatz Wackernheim abfahrendes Lastauto der französischen Besatzung fuhr auf der Mainzer Landstrasse in einen vor der französischen Kantine haltenden Gemüsegarten hinein. Der Rentner August Eschborn aus Nieder=Ingelheim und ein französischer Kantinenwirt, die beide auf dem Wagen standen, wurden zu Boden geschleudert und fielen so unglücklich, dass sie sofort verstarben. Eschborn ist verheiratet und Vater zweier Kinder. Deutsche und französische Untersuchungskommissionen sind mit der Klärung der Schuldfrage beschäftigt.

+ + +

Achtung-Jugendlichenaussage! Der vor vier Jahren vom Schwurgericht Regensburg zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilte 40jährige Lehrer Vormann des Grenzortes Oberkochgarth, der beschuldigt war, sich fortgesetzt an einer 13jährigen Schülerin schwer vergangen zu haben, aber andauernd seine Unschuld beteuerte, musste, nachdem er bereits drei Jahre unschuldig im Zuchthaus gesessen hatte, freigelassen werden, da die betreffende ehemalige Schülerin plötzlich gestand, dass sie die ganze Affäre frei erfunden hat.

Gattenmord in Aachen. Nach einem Wortwechsel in Aachen erstach ein 34jähriger Kellner seine 18jährige Frau, mit der er erst seit einem halben Jahr verheiratet war.

Vom Hochzeitsmahl zum Henkersmahl. Das Gericht in Lublin (Polen) verurteilte vor kurzem den Mörder Jablonski zum Tode durch den Strang. Jablonski hatte, um Geld für seine Hochzeit zu gewinnen, zusammen mit seinem Bruder einen Raubüberfall verübt und dabei drei Menschen ermordet. Am Tage nach dem Überfall liess sich Jablonski trauen. Dem feierlichen Akt folgte ein prunkvolles, von dem geraubten Geld finanziertes Hochzeitsmahl. Aber schon unmittelbar anschliessend wurde Jablonski verhaftet und bald darauf auch verurteilt. Die Hinrichtung vollzog nach den polnischen Rechtsvorschriften ein maskierter Henker, dessen Name mit Rücksicht auf seine persönliche Sicherheit geheim gehalten wird in Frack, Zylinder und weissen Handschuhen, die er nach der Vollstreckung des Urteils vorschriftsmässig dem Gehenkten vor die Füsse warf.

Siebenhundert Gebäude verbrannt. Komatsumatschi in Nordwest-Japan wurde durch ein rasendes Grossfeuer vernichtet. 700 Gebäude, darunter alle Schulen, das Rathaus und die Polizeiverwaltung, wurden in Schutt und Asche gelegt. Der angerichtete Sachschaden wird auf über 2 Millionen Mark geschätzt.

Massenfremd in Belgrad. Mit dem durch Aufschneiden der Halsschlagader und der Pulsadern begangene Fremd des angesehenen Golzhändlers Anton Rada in Pancsova bei Belgrad, dem sein Bruder ins Grab folgte, indem er sich am Donauufer erschoss, endet eine düstere Familientragödie. Sowohl der Vater der beiden Brüder verschied vor einigen Jahren durch Selbstmord, wie sich in den letzten zwei Jahren auch sämtliche fünf Geschwister, drei Söhne und zwei Töchter das Leben nahmen, ohne dass jemals irgend einem Mitglied der Familie etwa irgendwelche Vorwürfe in krimineller Hinsicht hätte gemacht werden können; auch waren die finanziellen Verhältnisse geordnet.

Ehrlich aus Zerstreung. Ein Lodzer Kaufmann hatte vor einigen Monaten einen Wechsel ausgestellt, jedoch vergessen, ihn zu unterschreiben. Obwohl der Wechsel durch zahlreiche Hände ging, wurde der Mangel nirgends bemerkt. Ebenso löste ihn auch der Aussteller am Zahlungstage ein. Als er jedoch auf das Fehlen der Unterschrift aufmerksam gemacht wurde, fiel er zuerst in Ohnmacht und verlangte dann sein Geld zurück, fand aber nur taube Ohren.

Einsturzkatastrophe in einer Konservenfabrik. Ueber einem der Arbeitsäle einer Konservenfabrik in Bordeaux brach plötzlich das Dach ein. Durch den Sturz der schweren Eisenträger wurde eine Arbeiterin auf der Stelle erschlagen, während sechs andere mit zum Teil entsetzlichen Verletzungen fortgetragen werden mussten.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 29. März (Eig. Ber.)

In der heutigen Landtagssitzung erläuterte in der fortgesetzten zweiten Lesung des Justizetats Justizminister Dr. Schmidt den Strafvöllzug in Stufen und seine Einführung in die Praxis.

Abg. Frau Mehlis (Dntl) erklärte dazu, dass im Mittelpunkt des modernen Strafvollzuges die Seelsorge stehen müsse; nur das Evangelium der göttlichen Gnade werde die Gefangenen wieder aufrichten.

Hierauf schliesst Präsident Bartels die Aussprache, da keine Wortmeldungen mehr vorliegen.

Zur Geschäftsordnung protestiert nunmehr

Abg. Obuch (Komm) unter heftigen Ausfällen gegen die Sozialdemokraten dagegen, dass die Parteien dadurch, dass sie sich nicht zum Wort gemeldet hätten, und nachdem man gestern schon seinem Parteifreund Kaspar das Wort abgeschnitten habe, eine neue Gemeinheit verübt hätten. (Ordnungsruf). Ausser den Deutschnationalen hätten alle Fraktionen ihre Wortmeldungen geflissentlich zurückgehalten. (Zuruf: Warum haben Sie sich denn nicht gemeldet?) Wir haben gewartet, bis Sie sich gemeldet haben. (Heiterkeit).

Abg. Kuttner (Soz) erklärt, dass die Kommunisten ja durch Wortmeldung Gelegenheit gehabt hätten, gegen seine Ausführungen, die er insbesondere und in bezug auf Kobisch-Meyer gegen sie gemacht habe, zu antworten. Aber Herr Obuch habe ja eben ausdrücklich erklärt, dass er sich absichtlich nicht zum Wort gemeldet habe. Es sei unsinnig, jemand wegen Vergewaltigung zu verurteilen, wenn der vergewaltigte Teil sich habe vergewaltigen lassen wollen. (Heiterkeit)

Abg. Menzel (Komm) bezeichnet hierauf den Landtag als einen Stall, von dem man nichts anderes erwarten könne. (Ordnungsruf) Kuttner sei ein Schweineigel (Zweiter Ordnungsruf) und ein Lügner. (Hierauf folgt der dritte Ordnungsruf und Wortentziehung.)

Als Abg. Menzel die Rednertribüne verlässt, wendet er sich zum Präsidenten Bartels und ruft ihm zu: "Sie sind auch so ein Lump! Präsident Bartels schliesst hierauf den Abg. Menzel von der Sitzung aus und fordert ihn auf, den Saal zu verlassen. Menzel verlässt den Sitzungssaal (grosser Lärm bei den Kommunisten, auch der Abg. Steinfurth (Komm) wird von der Sitzung ausgeschlossen.)

Das Haus tritt hierauf in die Einzelberatung ein, in der u.a. Abg. Frau Helfers (Soz) für die Umwandlung zahlreicher Justizbüroangestelltenstellen in Beamtenstellen und für Berufsausbildung der Vollzugsbeamten eintritt.

Damit ist die zweite Lesung des Justizetats erledigt. Die nächste Sitzung findet am Montag, 12 Uhr, statt. Tagesordnung: Kultusetat.

Landtags - Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 29. März (Eig. Bericht)

Die Sonnabend-Sitzung des Preussischen Landtages war von kurzer Dauer. Auf der Tagesordnung stand der zweite Abschnitt des Justizhaushalts, der Strafvöllzug. Dabei kam es zu einem Zusammenstoss zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Nachdem Justizminister Dr. Schmidt den stufenweisen Strafvöllzug und seine Durchführung in der Praxis kurz erläutert hatte, wurde nach einer Rede der Abg. Frau Mehlis (Dntl) die Debatte geschlossen, weil keine

Wortmeldungen mehr vorlagen. Auch die Kommunisten hatten sich nicht zum Wort gemeldet, obwohl sie anwesend waren und durch den Abg. Obuch verschiedentlich beim Büro des Hauses feststellen liessen, ob sich schon Vertreter anderer Fraktionen in die Rednerliste haben einzeichnen lassen. Sie hatten also die Absicht, erst andere Fraktionen und insbesondere die Sozialdemokraten reden zu lassen, um dann darauf zu antworten. Dazu hatten insbesondere die Sozialdemokraten die allergeringste Veranlassung, denn am Donnerstag hatte bereits Abg. Kuttner (Soz) bei der allgemeinen Debatte zum Justizhaushalt sich mit den Kommunisten auseinandergesetzt und dabei bekanntlich auch der Öffentlichkeit Kenntnis gegeben von dem langen Vorstrafenregister der Kobisch-Meyer und Margies, die nach einer Verbrecherlaufbahn von ihnen als Helden geehrt und gefeiert werden. Sie hatten also am Sonnabend Gelegenheit, sich zum Wort zu melden und darauf zu antworten. Dass nun die Sozialdemokraten von ihrem parlamentarischen Recht nicht zu reden, Gebrauch machten, bezeichnete Obuch als eine Gemeinheit und als eine Vergewaltigung.

Als Kuttner diese sonderbare Logik zurückwies mit dem Hinweis, dass sich ja auch die Kommunisten nicht zum Wort gemeldet haben, dass man niemand vergewaltigen kann, der sich vergewaltigen lassen will, bezeichnete der Kommunist Menzel den Landtag als einen Stall. Kuttner aber als Schweinigel und Lügner. Nach drei Ordnungsrufen wurde ihm das Wort entzogen, worauf er den Präsidenten einen Lump nannte. Dafür wurde er aus dem Saale gewiesen und nach ihm auch der Kommunist Steinfurth, der sich ebenfalls in wüsten Schimpfereien erging. Und damit war auch der alberne Spuk der Kommunisten zu Ende.

In der darauf folgenden Beratung der Einzeltitel des Justizhaushalts trat Abg. Frau Helfers (Soz) für die Umwandlung zahlreicher Justizbüroangestelltenstellen in Beamtenstellen und für bessere Berufsausbildung der Vollzugsbeamten ein.

Damit war die zweite Lesung des Justizhaushalts erledigt. Am Montag beginnt die zweite Lesung des Kultusetats.

SPD. Danzig, 29. März (Eig. Drahtb.)

Die Danziger Linksregierung befindet sich in einer schweren Krise. Zunächst haben die Liberalen die für den Etatsausgleich vorgesehene Lohnsummensteuer zum Anlass genommen, ihren Austritt aus der Regierung zu erklären. Dieser Austritt würde den Fortbestand der Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokratie, die gerade über die Hälfte der erforderlichen Stimmenzahl verfügen, nicht ohne weiteres in Frage stellen, wenn nicht gleichzeitig über die Massnahmen gegen eine Überfremdung des Arbeitsmarktes starke Differenzen auch zwischen diesen beiden ausschlaggebenden Regierungsparteien beständen. Wenn darüber in den nächsten Tagen keine Einigung erzielt wird, muss mit der Auflösung der Linksregierung gerechnet werden. Die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung dürfte infolge der grossen Zersplitterung allerdings auf erhebliche Schwierigkeiten stossen.

Arbeitervereinigungen **Bündischau** ✘

Angriff auf die Krankenversicherung.

Eine neue Denkschrift der Arbeitgeber.

SPD. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat der Öffentlichkeit soeben eine Denkschrift, betitelt "Die Reform der Sozialversicherung eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes" vorgelegt. Darin werden Vorschläge zur Änderung des geltenden Sozialversicherungsrechts, insbesondere zur Reform der Krankenversicherung gemacht. Die Denkschrift der Vereinigung kommt zu rechten Zeit; denn sie ist ein Beweis, dass die Regierung Müller im Reich angesichts der wachsenden sozialreaktionären Strömungen im Arbeitgeberlager und damit auch in der eigentlichen Unternehmerpartei; der Deutschen Volkspartei, zerbrechen musste. Zweifellos sollte mit der Denkschrift eine Art Hilfs offensive zur Stärkung der Stellung des Finanzministers Moldenhauer in der alten Regierung unternommen werden. Das ist heute nun nicht mehr notwendig; denn die neue Reichsregierung ist jasozialistenrein. Immerhin verrät die Denkschrift; dass das sozial-reaktionär eingestellte Unternehmertum zu einem neuen grossen Schlag gegen die Sozialversicherung ausholt, der jetzt, nachdem keine Sozialdemokraten mehr in der Reichsregierung sitzen, erst recht die gesamte Arbeiterschaft zu geschlossener Abwehr alarmieren muss.

Worauf will die Arbeitervereinigung mit ihrer Denkschrift hinaus? Sie will die Öffentlichkeit von neuem gegen die Sozialpolitik, gegen den Sozialmissbrauch, gegen die Sozialversicherung aufputschen. Mit dem Gerede über den Missbrauch der Sozialversicherung will sie ähnlich wie im vorigen Jahr bei der Arbeitslosenversicherung alle Welt wild machen. Ist ihr das gelungen, dann wachsen für sie die Möglichkeiten, im Parlament so etwas wie eine "Reform" der Sozialversicherung, zunächst der Krankenversicherung zu erzwingen. Dass diese Reform nichts anderes bezweckt, als einen Leistungsabbau, braucht nicht besonders betont zu werden. Wohlweislich hütet sich die Vereinigung, vor der Öffentlichkeit ihre auf Leistungsabbau hinzielende Taktik zu enthüllen. Im Gegenteil: in der Maske des Volksfreundes tritt die Vereinigung auf. Sie erklärt; sie denke nicht daran, die öffentliche Zwangsversicherung anzutasten. Was sie wolle, sei lediglich Schutz der Krankenversicherung vor Missbrauch, Sparsamkeit in der Beitrags- und Kostenfrage der Krankenversicherung mit Rücksicht auf die hohen Lasten in Staat und Wirtschaft und die Schaffung von Sicherungen, dass die Krankenkassengelder wirklich nur Kranken zugute kommen. Wenn wir die Maske des "Volksfreunds" etwas lüften, zeigt sich ein ganz anders Bild.

Die Arbeitgeber wollen mehr Macht und Einfluss in der Krankenversicherung haben sie diesen, dann kommt der Leistungsabbau von selbst. Dieses Machtstreben ist der eigentliche Sinn der Denkschrift, nicht aber die in ihr etwas sehr stark betonte Notwendigkeit des Schutzes der Krankenversicherung vor Missbrauch. Die Vereinigung fordert 4 zwangsweise festzusetzende Wartetage beim Krankengeldbezug, um die "Bagatellfälle" einzuschränken und den Versicherten selbst an der Schonung der Krankenkassen zu interessieren. Zu dem gleichen Zweck fordert sie Beteiligung des Versicherten an den Arznei- und Heilmittelnkosten bis zu 25%, Nichtbezahlung von Sonn- und Feiertagen und Erhebung einer Gebühr von 1 Mark bei Entnahme des Krankenscheines. Mit diesen Reformen will die Vereinigung die Volksmoral heben, Missbräuche ausrotten und sparen. So

sagt sie, weil sich das gut anhört. Das alles sind aber gar keine wirklichen Probleme. Kein Mensch will die Krankenversicherung gegen Missbrauch schutzlos machen. Wäre Deutschland ein reiches Land, dann brauchte man über die Carenzfrage (Wartetage) nicht zu diskutieren. Allein man soll doch bei der Öffentlichkeit nicht den Glauben erwecken, als ob mit Wartetagen, Krankenscheingebühren und dergl. nennenswerte Summen gespart werden können. Ein gut entlohnter Arbeiter wird ein paar Wartetage leicht verschmerzen, ein schlecht entlohnter nicht. Das gleiche gilt für die Bezahlung der Feiertage, die der Arbeiter im übrigen zu 90% nicht selbst festgesetzt hat. Wenn die Krankenkassen nicht unnötig in Anspruch genommen werden sollen, durch allerhand Drückeberger, Psychopaten, usw. dann muss die Arztfrage aufgerollt werden. Der Arzt kann die Krankenkasse vor unnötiger Inanspruchnahme sichern und an Arzneimittelkosten sparen. Hier geht aber die Vereinigung um das Problem wie die Katze um den heißen Brei. Die Vereinigung doktert an Symptomen herum, traut sich aber nicht den Stier bei den Hörnern zu packen. Die Vereinigung will sparen, die Krankenkassen wollen das auch. Die Kassen haben das allergrösste Interesse daran, dass das Geld nicht zum Fenster hinausgeworfen wird, sie wissen aber auch, dass bei allen Mängeln, die der Krankenversicherung anhaften mögen und bei allem zu viel des Guten Unendliches für die Volksgesundheit, für die Hebung der Hygiene, für die Verlängerung des Durchschnittslebensalters, für die Stärkung der Arbeiterschaft und damit der Wirtschaft geleistet worden ist. Damit, dass man der Öffentlichkeit nur die Riesenzahlen des Aufwands der Krankenversicherung, der nach der Vereinigung von rund 850 Millionen im Jahre 1913 auf 2,2 Milliarden im Jahre 1929 gestiegen ist, an den Kopf wirft, ist noch gar nichts gesagt. Vielleicht nimmt sich die Vereinigung mal die Mühe und sucht den volkswirtschaftlichen Nutzeffekt der Krankenversicherung im Laufe der Zeit zwischen 1913 und 1929 irgendwie annähernd zahlenmässig zu sammeln. Sie wird auch dann zu Riesenziffern kommen.

Aber was soll man sich lange mit dem ganzen Ablenkungsmanöver der Vereinigung - ein solches und nichts anderes sind ihre Reformvorschläge zum Schutz der Krankenversicherung vor Missbräuchen - aufhalten? Hinter diesem Ablenkungsmanöver zielt sie grössere Dinge, auf Macht und Einfluss der Arbeitgeber in der Krankenversicherung. Hier liegt der Kernpunkt ihrer Denkschrift. Denn die Lösung der Organisationsfrage liegt ja noch im weiten Felde. Die Angst der Vereinigung, es könne aus der Krankenversicherung durch Überzentralisation ein fürchterlicher Wasserkopf geschaffen werden, ist ein Ausdruck von Nervosität. So schnell schiessen die Preussen nicht. Das Ziel der Vereinigung ist Schwächung des Einflusses der Arbeiterschaft und Stärkung ihres eigenen Einflusses in der Krankenversicherung. Deshalb fordert sie z.B. gegenüber der Gesetzesfassung, wonach ein Arbeitgeber mit Zustimmung des Betriebsrates eine Krankenversicherung für einen Betrieb mit mindestens 150 Versicherungspflichtigen errichten kann, dass die mangelnde Zustimmung des Betriebsrates durch die Zustimmung des Obergewerkschafts ersetzt werden kann. Deshalb verlangt die Vereinigung, dass bei der Besetzung der Beamten- und Angestelltenstellen in den Kassen übereinstimmende Beschlüsse beider Gruppen im Vorstand notwendig sein sollen. Deshalb verlangt sie, dass bei der Wahl des Vorsitzenden der Ortskrankenkasse und dessen Stellvertreter nur der gewählt ist, der die Mehrheit der Stimmen aus der Gruppe sowohl der Arbeitgeber als auch der Versicherten im Vorstand erhält. Sie will Macht in den Kassenorganen gewinnen, um direkt und indirekt die Leistungen abzubauen zu können, um die Krankenversicherung zwar nicht völlig zu zerschlagen - dazu reicht ihre Kraft nicht aus - wohl aber praktisch für Tausende zu einer Unterversicherung zu machen, und im übrigen zu einer Art Armenanstalt.

SPD. Bei den Verhandlungen im Stahlwerk Becker-Krefeld hat sich der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband bereit erklärt, das von der Werksleitung vorgeschlagene Gehaltssenkungsabkommen zu unterzeichnen, wenn es Sicherheit dafür bietet, dass der Betrieb in dem von der Leitung versprochenen Rahmen aufrecht erhalten bleibt.

SPD. Im Ruhrbergbau liegen nunmehr die Ergebnisse der Betriebsratswahlen von 165 Schachtanlagen vor. Sie geben folgendes Bild: Freie Gewerkschaften 107 439 Stimmen (768 Mandate), Christen 64 862 (434), Hirsch-Dunker 2 959 (7), Polen 294 (2), Kommunistische Partei 55 919 (337), Syndikalisten 4 504 (27), Gelbe 7 016 (20), Sonstige 2 536 (7), Das Ergebnis von 40 Schachtanlagen steht noch aus. Es dürfte das Resultat für die Freien Gewerkschaften günstig beeinflussen.

SPD. Die Kommunisten sind schlimmer als die Gelben. Sie sind bereits auf die Stufe der berüchtigten Hinze-Leute der Vorkriegszeit gesunken, die bei Streiks sich gegen hohe Provisionen bestreikten Betrieben zur Verfügung stellten und deshalb nicht nur von der organisierten Arbeiterschaft, sondern auch von der rechtlich denkenden Bürgerschaft verachtet wurden. Den Beweis dafür liefert die Arbeiterbewegung in Metz. Dort waren bis 1919 die Brauereiarbeiter insgesamt organisiert. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen waren tariflich geregelt, bis die Kommunisten die Brauereiarbeiter ohne jegliche Veranlassung mit in einen Generalstreik hineinzogen, der mit Massregelungen, mit dem Verlust der bis dahin gültigen Tarifverträge und mit Verschlechterungen der bis zum Generalstreik üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Metzger Brauereien endete. Anfangs 1930 schlossen sie sich zu einem hohen Prozentsatz wieder ihrem zuständigen Verband an. Die Brauereien, die inzwischen an der Alleinherrschaft im Betrieb Geschmack gefunden hatten, massregelten die Funktionäre des neugebildeten Verbandsyndikats. Die organisierten Brauereiarbeiter und das Gewerkschaftskartell in Metz nahmen den Kampf gegen die Unterdrückung des Vereinigungsrechtes auf. Was aber taten die Kommunisten?

Sie hatten bei der Gründung des Brauereiarbeitersyndikats gedroht, dafür zu sorgen, dass eine Organisation der Brauereiarbeiter nicht hoch komme. Am 9. März hatte das Gewerkschaftskartell zum Ausdruck des Protestes gegen die Massregelung organisierter Brauereiarbeiter eine öffentliche Demonstration veranstaltet. Die Kommunisten hetzten in ihrer Presse und in Flugblättern gegen diese Demonstration, sie verhöhnten die Boykottwaffe sowie alle erfolgversprechenden Massnahmen des Gewerkschaftskartells. Hinten herum techtelmechteln diese Todfeinde der Gewerkschaften mit dem Braukapital. In Metz ist es Tagesgespräch, dass das dortige kommunistische Blatt von den Kinounternehmungen, die ein namhafter Metzger Brauereiaktionär beherrscht, neben Inseratengeldern auch noch besondere Zuwendungen erhält.

Ist es möglich, dass solchen Elementen immer noch Arbeiter Gefolgschaft leisten?

Wirtschaft Technik Garnel

Besserungen in der Textilindustrie.

Weitere Technisierung bei zunehmenden Überstunden.- Die Fertigwarenpreise machen den Rückgang der Rohstoffpreise nicht mit.

SPD. Die Geschäftslage in der Textilindustrie hat sich merklich gebessert, auch sind die Aussichten für eine weitere Verbesserung nicht ungünstig. Das wird natürlich von den Unternehmern nicht zugegeben, weil sie, insbesondere die Baumwollspinner, eine schlechte Geschäftslage notwendig haben, um ihre Zollwünsche durchzusetzen.

Für die eingetretene Verbesserung spricht vor allem die Tatsache, dass die Garnpreise trotz der gesunkenen Rohstoffpreise gleichhoch geblieben sind. Die Spinnmarge dürfte gegenwärtig ebenso hoch sein wie im Rekordjahr 1927. Andererseits ist die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter in der Textilindustrie gestiegen. Das hängt aber nur zum Teil mit der Geschäftslage zusammen und ist wohl mehr auf die im Gang befindliche Technisierung der Betriebe zurückzuführen. In den süddeutschen Baumwollwebereien hat man Kettfadenwächter angebracht, mit deren Hilfe ein Weber 6 bis 8 Stühle bedient statt wie bisher 4; in den Spinnereien ist die Bedienung der Spindelzahl von 800 auf 1200 bzw. 1500 pro Arbeitskraft gestiegen. Ähnliche Veränderungen sind überall festzustellen, so dass ein immerhin erheblicher Teil der Textilarbeiterschaft keine Aussicht hat, nochmal in der Textilindustrie unterzukommen.

Dabei hat sich die Zahl der geleisteten Überstunden im letzten Vierteljahr erheblich erhöht. Die durchaus berechtigte Forderung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, die nach den bestehenden Tarifbestimmungen mögliche Zulassung von Überstunden auf einseitige Anordnung des Unternehmens zu beseitigen, hat leider bei den Schlichtern und auch bei dem Reichsarbeitsministerium kein Verständnis gefunden. Dem entspricht auch die Tendenz bei den Schlichtern und im Reichsarbeitsministerium, durch Schiedssprüche die Arbeitszeit über 48 Stunden hinaus pro Woche zu verlängern.

In der Wollindustrie ist vor allem die Kammgarnspinnerei ausserordentlich gut beschäftigt. Der Auftragsbestand dürfte für die nächste Zukunft ausreichen. Die Augsburger Kammgarnspinnerei schreibt z.B., dass die Aussichten für die Kammgarnindustrie angesichts des niedrigen Preisstandes der Rohmaterialien und infolge des stark verringerten Konjunkturrisikos bei gebesselter Moderichtung nicht ungünstig zu beurteilen seien. Man erwartet für 1930 ein befriedigendes Ergebnis. Nicht ganz so glänzend geht es in den Baumwollspinnereien und Wollwebereien. Aber auch hier baut sich eine Besserung auf vielen, wenn auch kleinen Aufträgen auf. Die zahlreichen kleinen Aufträge erklären sich aus der Preisbewegung an den Rohstoffmärkten. Die Preise für Textilrohstoffe, die sich in den Grenzen der Vorkriegszeit bewegen, sind nämlich immer noch nach unten gerichtet. Das ist Grund genug für die Besteller, die weitere Preisentwicklung abzuwarten, ehe man grössere Aufträge herausgibt.

Die Geschäftslage in der Baumwollweberei wird wohl am besten durch eine Statistik des Deutschen Textilarbeiterverbandes charakterisiert, wonach in 13 Ortsgruppen (mehr als ein Drittel aller Beschäftigten) die wöchentliche Arbeitszeit über 45 Stunden ausmacht. Auch hier muss betont werden, dass die Konjunktur

junktur bereits besser sein würde, wenn die Fertigwarenpreise dem Rückgang der Rohstoffpreise folgten. Das ist leider nicht der Fall. Soweit eine Rückwärtsbewegung der Preise für Halb- und Fertigwaren festzustellen ist, erfolgte sie nur zögernd und in ungenügendem Ausmass.

In der Kunstseide liess der Beschäftigungsgrad weiter nach. Die Ursachen für diese Entwicklung sind ja bekannt! In der Kunstseide gab es jahrelang Riesenprofite. Das hat zu Neugründungen angeregt. Eine Zeit lang ging das gut, bis man zu einer regelrechten Überproduktion kam. Nun wirkt sich die Übersteigerung der Kapazität aus. Die Verhältnisse haben, im Rahmen von Schutzzollbestrebungen, zu Abmachungen zwischen den Kunstseideproduzenten und der verarbeitenden Industrie geführt, wonach die deutschen Verarbeiter ihren Bedarf bis zu 90% bei deutschen Firmen decken. Man erwartet davon eine Steigerung des Absatzes, die aber ohne Zweifel nur dann in Erscheinung treten wird, wenn die Preise der Kaufkraft der Bevölkerung angepasst werden. Die Kunstseidenpreise können immer noch eine Senkung vertragen und es wäre geradezu für die Konjunktur in der Kunstseidenindustrie unheilvoll, wenn die Produzenten trotz der Abmachung mit der verarbeitenden Industrie einen Weg fänden, mit Hilfe des Schutzzolls die Preise zu erhöhen.

Verschlechtert hat sich auch der Geschäftsgang in der Wirkerei und in der Strickerei. Die Lage in Thalheim wird z.B. als trostlos bezeichnet. In der Wirkerei wiederholt sich dasselbe, was sich in der Kunstseide abspielt. Man hat die Betriebe völlig planlos, ohne jede Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit des Marktes, vergrössert. Jetzt fehlt der Absatz. Andererseits haben die deutschen Maschinenfabriken jahrelang mit Hochdruck Wirkmaschinen für das Ausland geliefert. So sind in wichtigen Absatzländern (Amerika und Rumänien) Wirkwarenindustrien entstanden, die jetzt anfangen, der Chemnitzer Industrie Konkurrenz zu machen. Die Lohnpolitik der deutschen Unternehmer hat diesen Industrien auch gute deutsche Arbeitskräfte zugetrieben, die schliesslich nicht aus Abenteuerlust ihr Vaterland verlassen haben, sondern nur deshalb, weil sie sich von der Beschäftigung im Ausland eine bessere Lebenshaltung versprechen.

SPD. Am 31. März wird nach achtjährigem Bestehen das Reichsentschädigungsamt aufgelöst. Damit wird ein Stück Krieg und Nachkrieg liquidiert. Die Restarbeiten übernimmt vom 1. April ab die Abwicklungsabteilung des Reichsentschädigungsamtes. Die zum Teil auf Wartegeld gesetzten Beamten werden, soweit sie nicht bei der Abwicklungsabteilung Verwendung finden, aller Wahrscheinlichkeit nach von der auf Grund des deutsch-polnischen Abkommens neu zu schaffenden Entschädigungsstelle übernommen werden.

Die entschädigungsfähigen Fälle hatten einen Wert von rund 11 Milliarden Friedensmark (8 Milliarden Liquidations- und 3 Milliarden Gewaltschäden). Die Gesamtzahl aller Schadensfälle belief sich auf 395500. Davon waren 240 000 Fälle Sachschäden bis zu je 2000 Mark. An Verlusten von über 1 Million Mark Friedenswert waren insgesamt 880 Fälle zu verzeichnen. Rund 57 000 Schadensfälle erstrecken sich auf Wertpapierschäden. Die Sachschadenfälle gehen in erster Linie auf das Grenzland Ost, Schleswig und das Grenzland West mit Elsass-Lothringen und Eupen-Malmedy zurück. Hierauf entfallen 227 000 Fälle mit einem Schadensgrundbetrag von 3,5 Milliarden Mark. Besonders gross war der Schaden in Elsass-Lothringen, wo die deutsche Industrie enorme Verluste erlitt.

Bei der Liquidierung der Fälle sind erhebliche Schwierigkeiten entstanden weil einmal die Unterlagen für den Schadensnachweis und die Bewertung nicht zu beschaffen waren. Ausserdem brachte die Inflation die ganze Bewertung in Verwirrung und nach der Stabilisierung hat sich die Entschädigungspraxis den von der Finanzverwaltung bewilligten Mitteln anpassen müssen. Entschädigungsbeträge sind in Höhe von 2,285 Milliarden Goldmark festgesetzt worden. In der

Schlusssentschädigung wurden allerdings für Objekte über 20 000 Mark keine Barzahlung geleistet, sondern die Abgeltung erfolgte durch Schuldbuchforderungen. Von den obenerwähnten 2,285 Milliarden Mark entfallen auf Grenzland Ost und Nord 563 Millionen, auf das Grenzland West 440 Millionen, auf die Schutzgebiete 165 Millionen und auf das Ausland 1170 Millionen.

Die Restfälle betragen nach dem Stand vom 1. März 1930 = 4700. Von dem für die Schlusssentschädigung veranschlagten Bedarf von 1,3 Milliarden sind noch 115 Millionen offen. Es werden aber täglich neue Fälle von Liquidationen ausländischer Forderungen angemeldet.

Wie der Präsident des Reichsentschädigungsamtes Dr. Karpinski mitteilt, hat die Beamtenschaft ihre Aufgabe trotz vieler Schwierigkeiten und vieler Anfeindungen glänzend erfüllt. Dadurch wurde es ermöglicht, vielen die vernichtete bzw. die gefährdete Existenz wieder aufzubauen und zu erhalten.

SPD. Die Lebung am Rentenmarkt hat sich bereits im Pfandbriefabsatz für den Monat Februar bemerkbar gemacht. Nach der Statistik der Bodenkreditinstitute betrug der Nettoabsatz an Pfandbriefen im Februar 1930 = 112,9 Millionen Mark (im Januar 1930 = 103,3 Millionen Mark, Februar 1929 = 58,6 Millionen Mark). Daran ist das Inland mit 114 Millionen Mark beteiligt (Januar 1930 = 103,5 Millionen Mark). Der Absatz nach dem Ausland steigerte sich von 200 000 Mark auf 1,1 Millionen Mark. Bekanntlich ist der Absatz im Februar gewöhnlich geringer als im Januar. Deshalb ist die Besserung als besonders bemerkenswert anzusprechen. Der Nettoabsatz von Kommunalobligationen wird mit 27,6 Millionen Mark angegeben (Januar 1930 = 12,7 Millionen, Februar 1929 = 32,3 Millionen Mark).

SPD. Seitdem sich die Deutschnationalen gespalten haben, verlegen sich die einzelnen Gruppen darauf, möglichst weitgehende Forderungen aufzustellen, um die Landwirtschaft für sich zu gewinnen. Dieser Betätigungsdrang äussert sich besonders darin, dass man im Reichstag an die Regierung Anträge stellt, in denen diese um alle möglichen Massnahmen ersucht wird. Diese Massnahmen lassen durchweg jeden Sinn und jede volkswirtschaftliche Vernunft vermissen. Es kommt den Antragstellern nur darauf an, dass einer den anderen in Forderungen übertrumpft. Es werden sogar Forderungen aufgestellt, die, wenn sie erfüllt werden, zum Schaden der Landwirtschaft ausfallen würden. Dahin gehört ganz entschieden die Forderung der Hugenbergfraktion im Reichstag, für den Osten ein Moratorium durchzuführen.

Zu dem Hugenbergschen Plan eines Moratoriums wird uns aus Fachkreisen u. a. folgendes geschrieben: "Die Hugenbergsche Forderung nach einem Moratorium für den Osten ist unsinnig. Sie ist nur als Agitationsantrag zu bewerten. Die Landwirtschaft im Osten, auf deren Leichtgläubigkeit und Kritiklosigkeit man mit einem solchen Antrag spekuliert, soll sich aber klar machen, was ein Moratorium für den Osten für sie bedeuten würde. Fände sich eine Regierung, die ein solches Moratorium erlässt, dann würde sich jeder hüten, Geld bzw. Kredit nach dem Osten zu geben. Die staatlichen Machtmittel, um irgendeine Regierungsmassnahme durchzuführen, reichen allerdings weit; aber sie reichen nicht so weit, dass man irgend jemanden zwingen kann, sein Geld zu verschleudern und ins Ungewisse zu verleihen. Träte ein Moratorium für den Osten in Kraft, so würden die grossen Geldinstitute sicherlich jeden Kredit von einer besonderen Verpflichtung der Kreditnehmer im Osten abhängig machen, dass das Moratorium für sie nicht gilt. So würde das Moratorium wirkungslos werden. Würden sich die Kreditnehmer aber nicht fügen, so bedeutet das die Kredit- und Geldsperre für den

Osten. Jedes Geschäft müsste zum Erliegen kommen und das gerade in einer Zeit (Bestellung, Aufbringung von Mitteln für die Bestellungsarbeiten, Dünger usw.), in der die Landwirtschaft stark auf Kredite angewiesen ist, und in der mit dem Kredit die Aussicht auf den Ernteertrag steht und fällt. Kurz gesagt, das Moratorium würde die ganze Wirtschaft des Ostens brachlegen."

Solche Experimente werden nun von Leuten befürwortet und angeregt, die behaupten, Wirtschaftsführer zu sein. Wenn man aber das Wüten Hugenbergs während des verflorbenen Jahres gegen die deutsche Währung berücksichtigt und weiter bedenkt, dass sich dieser Mann für eine Reparationskrise mit ihren unheilvollen Folgen einsetzt, wird auch das Moratoriumsexperiment begreiflich. Das beweist nur, dass solche Leute für die Zwangsjacke reif sind.

SPD. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (Deutsche Giro-Zentrale-Deutsche Kommunalbank), Spitzenorganisation des Deutschen Sparkassenwesens und Zentralbank des Kommunalkredits, legt jetzt Geschäftsbericht und Abschluss für 1929 vor. Der Umsatz hat sich im Berichtsjahr von 19,2 auf 33,3 Milliarden erhöht. Während das Privatkreditgeschäft weiterhin zurückgegangen ist und nur noch 2,15 Prozent der Bilanzsumme ausmacht, erhöhte sich der Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen eigenen Anleihen von 475,4 auf 506,5 Mill. Mark. Durch das Erliegen des Emissionsgeschäftes und die Notwendigkeit, grössere Beträge eigener Anleihen aufzunehmen, ist das Gewinnergebnis mit 1,6 gegen 2,2 Mill. im Vorjahr geringer.

Im Geschäftsbericht wird hervorgehoben, dass im letzten Jahr psychologische Einflüsse (Hugenbergs Hetze gegen die Währung, Krise in den Reparationsverhandlungen usw. Red.) störend auf die Spartätigkeit einwirkten. Die Störungen des letzten Jahres hätten die Bedenken der Sparkassenorganisation gegen eine zu starke Festlegung der Sparkassenmittel in langfristigen Anlagen durchaus gerechtfertigt. Die Notwendigkeit einer ausreichenden Liquiditätsvorsorge hätte sich aus den Ereignissen des letzten Jahres erneut ergeben.

Die Einlageentwicklung muss unter Berücksichtigung der vielen widrigen Einflüsse des letzten Jahres mit einem absoluten Zuwachs von 2,02 Milliarden Mark als befriedigend bezeichnet werden. Auf dem Gebiete der Wohnungsbaufinanzierung stellten die Sparkassen auch 1929 mit annähernd 700 Mill. den verhältnismässig grössten Anteil an ersten Hypotheken. Eine stärkere Betätigung der Sparkassen im Hypothekengeschäft kann zurzeit nicht verantwortet werden, da der Realkredit insgesamt die normale Grenze von 40% der Spareinlagen im Reichsdurchschnitt bereits stark überschritten habe.

Zu dem Übergreifen der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft auf das eigentliche Spargeschäft nimmt der Verband eine scharf ablehnende Haltung ein. Die Spitzenorganisation der Sparkassen vertritt den durchaus richtigen Standpunkt, dass die systematische Aufnahme des Spargeschäfts durch die Grossbanken sich mit dem Wettbewerbsabkommen nicht vereinbaren lasse. Die deutschen Sparkassen könnten sich auch damit nicht abfinden, dass die Grossbanken, denen alle Geschäfte ohne jede Einschränkung erlaubt seien, das Spargeschäft ohne die Bindungen betreiben dürfen, denen die Sparkassen durch Gesetz und Satzung unterworfen sind.

SPD. Die sogenannte Grüne Front hat gegenüber der Agrarkrise ohne Zweifel völlig versagt. Man überliess es der Sozialdemokratie und den am Kabinett Müller beteiligten bürgerlichen Parteien, wirklich etwas für die Landwirtschaft zu tun und ein Reformwerk in die Wege zu leiten. Dafür wählte man den bequemeren und müheloser Weg, möglichst viel und unerfüllbare Forderungen aufzu-

stellen.

Auf diesem Weg wandelt die Grüne Front weiter. Dem Reichstag liegt ein neues Paket von Forderungen der Grünen Front vor und man muss sagen, dass sich hier die grüne Demagogie selbst übertrifft. Man hat den Eindruck, als ob sich Leute, die blutige Laien in Wirtschaftsdingen sind, zusammengesetzt und aus den Agitationsreden der Landbundführer alle Übertreibungen und Unsinnigkeiten für die neue Forderung der Grünen Front herausgezogen hätten. Verlangt wird z.B., dass Roggen nicht höher als zu 60% ausgemahlt wird, weiter die Vermengung bei Weizenmehl bis zu 30% mit Roggenmehl und schliesslich, - eine bessere Diskreditierung der Forderung "Deutsche, kaufe deutsche Waren", kann es nicht geben, - die Kenntlichmachung von ausländischem frischen und zubereiteten Fleisch und eine Anzeigepflicht beim Vertrieb desselben. Selbstverständlich sollen Handelsverträge gekündigt werden, um höhere Zölle für Kartoffeln, Obst, Gemüse, Molkereiprodukte, Wein, Hopfen usw. durchzusetzen. Auch den Erbsebzoll will man in die Höhe treiben. Weiter werden höhere Zölle für Schweine und Schweinefleisch verlangt und zwar will man den Zoll so hoch haben, um den Schweinepreis in Berlin für Schweine der Klasse C mit mindestens 75 Mark im Jahresdurchschnitt für den Zentner Lebendgewicht sicherzustellen. Die Regierung wird weiter ersucht, durch erneute Verhandlungen mit Finnland die Bindungen für den Butter- und Käsezoll zu beseitigen. Dann folgen Forderungen nach einem höheren Stärkezoll und so geht es weiter. Zuguterletzt will man auch den Export von Kartoffelfabrikaten fördern, um den heimischen Markt zu entlasten. Anscheinend mutet man dem deutschen Volk die Zahlung einer Exportprämie für Kartoffelfabrikate zu.

Mit den letzten Agrarmassnahmen, die noch vom Kabinett Müller durchgeführt sind, hat das deutsche Volk bewiesen, dass es Verständnis für die Agrarkrise hat und dass es bereit ist, alles zur Überwindung der Agrarkrise zu tun. Mit Forderungen, wie sie aber die Grüne Front aufstellt, mutet man dem deutschen Volk die Erdrosselung seiner Wirtschaft und der Kaufkraft seiner breiten Bevölkerung zu. Die Grüne Front mag Agitation treiben, wie sie will. Sie muss sich nur bewusst sein, dass es hier eine Grenze gibt und dass sich das deutsche Volk einen wirtschaftlichen Selbstmord nicht gefallen lassen kann.

SPD. Die Julius Berger Tiefbau A.-G., das repräsentative Unternehmen der deutschen Bauwirtschaft, teilt in ihrem Geschäftsbericht für 1929 mit, dass sich der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit infolge der schlechten Baumarktlage in Deutschland stark nach dem Ausland verschoben hat. Sie betrachtet aber die zukünftige Situation in Deutschland infolge des sich bessernden Geld- und Kapitalmarktes immerhin günstig.

Über die Entwicklung bei Julius Berger sagen Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung so gut wie gar nichts. Das Unternehmen ist schliesslich nur Abrechnungsstelle für alle möglichen Geschäfte und Gesellschaften im In- und Ausland, an denen andere grosse Firmen beteiligt sind. Man kann aus den Zahlenangaben nur entnehmen, dass Julius Berger auch im verflossenen Geschäftsjahr gut abgeschnitten hat. Der Reingewinn hat sich von 1,996 Millionen auf 2,088 Millionen Mark gesteigert. Daraus wird, wie im Vorjahr, eine Dividende von 20% gezahlt. Kreditoren werden nur in Höhe von 2 1/2 Millionen Mark gegenüber 3,7 Millionen Mark im Vorjahr angeführt. Dagegen betragen die Guthaben 13 Millionen Mark, also weit mehr als das gesamte Aktienkapital.

Hausse in Hafer.

(Berliner Getreidebörse vom 29. März.)

SPD. Die feste Stimmung des Vortages setzte sich am Sonnabend in verstärktem Masse fort. Infolge des ausserordentlich günstigen Wetters wird die Landwirtschaft mit Bestellungsarbeiten auf dem Felde festgehalten, sodass das Angebot an effektivem Weizen und Roggen ausserordentlich gering geworden ist. Da das Ausland festere Kurse meldete und das Mehlgeschäft sich erheblich gebessert hat, bestand nach dem wenig angebotenen Material rege Kauflust. Dieses konnte um 3 Mark höhere Preise erzielen. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Preisgewinne für Weizen und Roggen teilweise noch höher. Das Mehlgeschäft hat sich recht flott entwickelt, wobei die Forderungen der Mühlen wiederum um 25 bis 50 Pfennig erhöht sind. Da der Konsum anscheinend sehr schlecht versorgt ist, musste er diese Forderungen bewilligen. Eine besondere Hausse machte sich am Hafermarkt bemerkbar. Hier war das Angebot gleichfalls sehr zusammengeschrumpft und da sowohl seitens des Konsums wie auch der Exporteure rege Nachfrage bestand, waren hier Preiserhöhungen für effektive Ware um 6 Mark, am Markte der Zeitgeschäfte sogar um 9 Mark festzustellen.

	<u>28. März</u>	<u>29. März</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	249 - 251	252 - 254
Roggen	144 - 146	147 - 149
Braugerste	165 - 178	167 - 180
Futter- und Industrieroggen	145 - 157	150 - 160
Hafer	131 - 141	137 - 147
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	27,50-35,50	28,00-36,00
Roggenmehl	20,60-23,75	21,00-24,00
Weizenkleie	8,50- 9,00	8,75- 9,25
Roggenkleie	8,75- 9,25	9,00- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März - (Vortag -), Mai 268-268½ (266½), Juli 275 und Brief (271). Roggen März 157 (-), Mai 166½ bis 167 (163½), Juli 174-174½-174 (170½), Hafer März 154-150 und Brief (-), Mai 155½-155 (148), Juli 163-160 (154).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 29. März: I. 138 Mark, II. 123 Mark, III. 107 Mark je Zentner. Tendenz ruhig.

SPD. Die bayerischen Grosskraftwerke, an denen neben dem bayerischen Staat auch die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft beteiligt ist, werden für das abgelaufene Geschäftsjahr ihre Dividende von 4 auf 5% erhöhen. Das Bayernwerk steigerte seinen Reingewinn von 267 000 auf 371 000 Mark und die Mittlere Isar A.G. von 383 000 auf 513 000 Mark. Beim Walchenseewerk liegt ein Rückgang von 360 000 auf 262 000 Mark vor.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 29. März 1930.

Herr Wimbel ist ein ehrenwerter Mann...^x

SPD. Herr Wimbel - genau gesagt: Herr Peter Wimbel, Inhaber einer Firma gleichen Namens von alter Tradition - wirft die Zeitung auf den Tisch und ist empört.

"Da soll doch....treibt da ein Kerl gemeine Schwindeleien....verhaftet... Gott sei Dank, dass solche Lumpen gefasst werden! - Aber ausgerechnet heisst der Mann auch Peter Wimbel? Steht breit in der Zeitung. Angeblich auch noch Kaufmann. - Die halbe Welt lebt vom Betrug", resigniert Herr Wimbel endlich. Der echte Herr Wimbel natürlich, Inhaber einer Firma alter, ehrlicher Tradition, sieht voll Verachtung auf die Kreatur gleichen Namens herab.

Was allerdings nicht wörtlich aufgefasst werden darf, denn besagter geschnappter Betrüger sitzt ja bereits hinter Gitterstangen, wobei es in diesem Zusammenhange völlig gleichgültig ist, wie er diese peinliche Situation selbst beurteilt.

Anders Herr Wimbel von der ehrbaren Tradition. Da lesen in diesem Augenblick alle Abonnenten des Bürgerblattes, dass ein Kaufmann Peter Wimbel wegen Betruges....Unmöglich - also einfach unmöglich - dieser Verdacht! Nicht wahr? Zumindest hätte sich der verantwortliche Redakteur zuvor durch einen telephonischen Anruf von der Gefahr einer Verwechslung vergewissern und entsprechend berichten können...

Diese scheussliche Situation bringt Herrn Wimbel dazu (wir wollen der Einfachheit halber Herr Wimbel I und II sagen, wobei verständlicherweise Herr Wimbel mit der alten, ehrlichen Tradition als Wimbel I bezeichnet sei), sich im besonderen mit dem Gedanken des Betruges zu beschäftigen. Ergebnis: es ist gemein, einen Menschen zu betrügen, und folglich strengste Bestrafung angebracht. Zuchthaus, nur Zuchthaus kann in Frage kommen.

Aber dieser verfluchte Verdacht! Heute, morgen - schliesslich bleibt auf lange Zeit hinaus doch noch etwas davon an Herrn Wimbel I hängen. Herr Wimbel I stülpt sich den Hut auf den Kopf und geht auf kürzestem Wege - na, also zum Bürgerblatt. Unterwegs grüsst er alle Bekannten diesmal besonders laut und höflich.

"Ah - Herr Wimbel", sagt der Redakteur, und da erst fällt ihm die Notiz im lokalen Teile der heutigen Ausgabe seines Blattes ein. "Aber Verwechslung ist doch ganz unmöglich bei Ihrem guten Ruf...."

Herr Wimbel I verbeugt sich grossartig: "Berührt mich überhaupt nicht. Aber böse Schwätzer könnten....Die Konkurrenz, natürlich nur die neue....denkbar, dass....nicht wahr? - Wieviele ehrliche Leute gibt es denn überhaupt noch in unserm Vaterlande...."

Daraus wird eine zigarrenlange Diskussion der heutigen Zustände, der Moral im allgemeinen und besonders der öffentlichen "Sauberkeit". Und Herr Redakteur merkt freudigst, dass er zumindest in Herrn Wimbel I einen aufmerksamen Leser seiner jeweiligen Leitartikel hat. Schliesslich trennt man sich in gläubiger Zuversicht, wieder Achtbarkeit, Solidität und Verantwortungsbewusstsein in die korrupte Gegenwart zu bringen durch unermüdliches Beispiel und heldenhaften Kampf auf dem Boden der alten, ehrlichen Tradition. Das Vaterland, unser grosses Vaterland mit seiner grossen Vergangenheit.....

Am nächsten Tage hält also Herr Wimbel I mit wesentlich andern Gefühlen seine Zeitung in der Hand und liest an gleich auffälliger Stelle die Berichterstattung, dass selbstverständlich der am Vortage wegen Betrügereien verhaftete, Peter Wimbel nicht mit unserm allseits als ehrbaren Kaufmann bekannten Mitbürger Herrn Peter Wimbel, Inhaber der alten Firma gleichen Namens, identisch ist.

So, damit wäre wohl diese unsaubere Sache erledigt, denkt Herr Wimbel I dann in gebührendem innerlichem Abstände zu seinem Namensvetter Wimbel II, der sich seinerseits bei weitem noch nicht mit seiner ungastlichen Lage abgefunden hat und gerade überlegt, wie man denn endlich eine ertragbringende Sache machen kann, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen.

Herr Wimbel I aber steht wieder in hochgereckter Positur (weil er doch nicht identisch ist) in seinem Laden und versichert zum mindestens zehnten Male bei gleichzeitiger Verpfändung seines Ehrenwortes, einer etwas dürftig gekleideten Frau, dass der zu kaufende Gegenstand bereits zu neuem Einkaufspreis, der von der Herstellerfirma wegen unerhörter Lohnerhöhung gewaltig in die Höhe geschraubt wurde, bezogen worden sei. Bei aller Rücksicht auf die traurigen Verhältnisse der Käuferin könne er daher auch um keinen Pfennig billiger liefern. (Wer weiss denn, dass dieser Artikel schon monatelang auf Lager ist und überhaupt seinerzeit aus einer Konkursmasse erworben wurde!) Herr Wimbel I, in tiefster Seele angenehm berührt von seiner hundertprozentigen Geschäftstüchtigkeit, überfliegt dabei schnell in Gedanken den aus diesen glücklichen Umständen sich ergebenden Verdienst. Donnerwetter, fabelhaftes Geschäft! Ja, man muss es nur verstehen. Und er kehrt nun, noch stolzer, in sein Büro zurück. Was aus Wimbel II werden wird, interessiert ihn nun nicht mehr besonders.

Otto Ziese.

Folterkammern des Fascismus.^x

SPD. Durch das Aufsehen erregende Buch von Francesco Fausto Nitti "Nos prisons et notre evasion" ("Unsere Gefangenschaft und Flucht"), das vor kurzem in französischer Sprache erschienen ist und demnächst in einer englischen und deutschen Ausgabe vorliegen wird, ist die Aufmerksamkeit der zivilisierten Welt erneut auf die Methoden gelenkt worden, mit denen das fascistische Italien seine politischen Gefangenen behandelt. In diesem Zusammenhange werden bisher in Deutschland noch unbekannte Schilderungen des Professors Roselli, die dieser tapfere Republikaner dem Mitarbeiter einer englischen Zeitung gegeben hat, besonders interessieren.

Professor Carlo Reselli lehrte bis 1925 an der Universität Genua Nationalökonomie und zog durch seine politische Tätigkeit die Aufmerksamkeit der fascistischen Behörden auf sich. Es gelang ihm damals trotz strenger Bewachung, mit Hilfe seines Freundes Perrucio Pacri den Führer der italienischen Sozialisten Filippo Turati, dessen Leben bedroht war, über die Grenze zu bringen. Die Rache der Fascisten war fürchterlich. Die Wohnung Rosellis wurde unter den Augen seiner alten Mutter, mit der er zusammenlebte, völlig demoliert; er und Pacri wurden verhaftet und zu 10 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Verbannung auf die liparischen Inseln verurteilt.

Nach 2 Jahren gelang es Roselli, zu fliehen. Seine Frau, eine Engländerin, musste er in Italien zurücklassen. Sie wurde verhaftet und sollte an Stelle ihres Mannes auf die Inseln gebracht werden. Die englische Presse protestierte jedoch so heftig dagegen, dass Frau Roselli freigelassen wurde.

Man hatte Roselli zuerst in das Schloss Malespina, in der Nähe von Masca Canera, gebracht. "Ueber mit" erzählte er u.a., "befand sich eine Zelle mit

weiblichen Gefangenen. Unter ihnen war ein kränkliches junges Mädchen aus guter Familie, weil ihr Bruder der Freund eines Menschen war, den man eines geplanten Anschlags auf Mussolinis Leben bezichtigte. Eine der Frauen in dieser Zelle hatte eine stark fortgeschrittene Geschlechtskrankheit und bildete eine ständige Ansteckungsgefahr für ihre Zellengenossinnen. Auch eine junge Mutter mit ihrem Säugling befand sich unter den Frauen. Meine eigene Frau bekam, als sie nach meiner Flucht verhaftet wurde, im Gefängnis einen Knaben, der dort vor Hunger starb".

Wie Nitti berichtet auch Roselli von den qualvollen Eisenbahnfahrten nach den Gefängnissen. Die Gefangenen werden auf dem Transport mit Handschellen gefesselt und in enge Zellen ohne Luft und Licht gesperrt. Die Entfernungen in Italien sind gross, und die Züge halten auf jeder Station. Eine Reise von normalerweise 24 Stunden dauert 14 Tage bis 4 Wochen. Es ist den Gefangenen zwar erlaubt, Schnellzüge zu benutzen. Aber sie haben dann für sich und ihre Bewachung das Fahrgeld zu bezahlen und müssen ebenfalls gefesselt bleiben. Roselli, der nicht die Mittel hatte, so zu reisen, musste 150 Stunden gefesselt in der Eisenbahn verbringen.

Roselli erzählt dann weiter: "In den Gefängnissen werden Martern der verschiedensten Art angewandt. Einem meiner Bekannten wurde ein Strick um den Hals gebunden und so lange zugezogen, bis er beinahe erstickte. Unter die nackten Füsse eines andern wurde ein Topf mit kochendem Wasser gestellt. Die teuflischste Strafe ist folgende: Der Gefangene wird auf einen Stuhl gebunden und erhält mit einem schweren Gummihammer Schläge in die Herzgegend. Diese Tortur, die den mittelalterlichen Folterqualen in nichts nachsteht, erschüttert den ganzen Körper und ist ungemein schmerzhaft."

Der Professor schätzt, dass im Dezember 1929 etwa 1000 Gefangene auf den liparischen Inseln gewesen sind. So fürchterlich sie auch unter den Wohnverhältnissen, den brutalen Wätern, dem schlechten Essen zu leiden hatten, - das Schlimmste war die absolute Beschäftigungslosigkeit, zu der sie verurteilt waren. Die Gefangenen erhielten für sich und ihre Familie täglich 2 Mark, durften aber selbst nichts verdienen. Auch ihre Freunde wagten nicht, ihnen zu helfen, weil sie fürchteten, ebenfalls verdächtigt und vor ein Sondergericht gestellt zu werden, das sie automatisch verurteilt hätte.

Das schlafende Kind.^x

SPD. Frau Ehrenreich tappte vorsichtig die ausgetretene und morsche Stiege des Vorstadthauses, in dem sie wohnte, hinunter. Sie vermied es, sich auf das altersschwache Holzgeländer zu stützen, das im spärlichen Lichte des Flurfensters sein verstaubtes Dasein führte.

Sie hatte Tobias, den Nachbarn, gebeten, bei ihrem erkrankten Kinde zu bleiben und es die paar Stunden, während sie ihre Zeitungen austragen musste, zu beaufsichtigen. Tobias war ein verkommener Lump, der, wie sie selbst scherzhaft sagte, stets nach Schnaps duftete statt nach dem Schweiss der Arbeit. Aber gerade weil er nichtstehend von einer Rente lebte, war sie jetzt auf ihn angewiesen. Ausser dem wenig zuverlässigen Säufer hätte niemand im Hause für sie Zeit gehabt.

So beruhigte sie sich denn mit dem Gedanken, dass Tobias dem kleinen Benno zugetan sei und sie schon manche zärtliche Grimasse in dem gedunsenen, gelblichen Trinkergesichte beobachtet hatte, wenn sich der Nachbar mit dem kaum vier Monate alten Knaben beschäftigte.

Die Sorge der Mutter verlor sich vollends, als sie die Haustüre öffnete und die Tageshelle in den düsteren Gang flutete mit einer überwältigenden Wucht

wie wenn die Lichtwellen schon lange angestaut den verschlossenen Winkel belagert hätten. Frau Ehrenreich blieb eine Weile geblendet stehen. Dann trat sie auf die im Mittagslichte flimmernde Strasse, auf deren gegenüberliegende Seite das schmale Band der Häuserschatten einen dunklen, ruhig wirkenden Saumbildete.

In dem dürftig ausgestatteten Heime der jetzt rasch ihrem Tagewerk zu-eilenden Frau hatte inzwischen Tobias die für das ihm übertragene Amt nach seinem Ermessen nötigen Vorbereitungen getroffen. Das Kind schlief in dem einzigen vorhandenen Bette an der Wand, und das fiebergerötete Köpfchen mit dem goldener Flaum, der wie zufällig hingeweht schien, lugte nur wenig aus den weissen Kissern hervor. Tobias hatte bereits Tisch und Stuhl an das Bett herangerückt, die Medizinfläschchen zurechtgestellt und holte nun auch seine Medizin, eine Halbliterflasche kristallklaren Zwetschgenwasser, aus einer Innentasche seines Rockes hervor. Prüfend hielt er die Flasche gegen das Licht. Dann setzte er sie mit breitem, anerkennendem Grinsen auf den Tisch, wo sie hell und funkelnd über die kleinen gefärbten Gläser emporragte, mehr Gesundheit verheissend als die trübdunklen Heilwässerchen. Damit war fürs erste alles getan. Nun konnte Tobias abwarten, ob der kleine Patient seiner Hilfe bedurfte.

Das Haus brütete in der Mittagshitze faul und reglos. Fern surrte schwerfällig und verschlafen der Motor eines Lastwagens. Tobias fühlte sich von der trägen Ruhe der Gegenstände ringsum ihn angesteckt. Um irgend etwas zu tun, entkorkte er gemächlich die Schnapsflasche. Beim Öffnen wehte ihm der Weingeistrauch scharf und würzig in die Nase. Angeregt nahm er einen kräftigen Schluck, der leicht kitzelnd durch seine ausgepichte Kehle rieselte. Die belebende Wirkung hielt jedoch nicht lange an, und so sah Tobias sich bald zu einem neuen Zug genötigt.

Seine Beschäftigungsmöglichkeiten hatte er nun schon erschöpft. Wie alle geistig trägen Menschen, wenn sie allein und ohne Ansprache sind, befiel Tobias bald eine schläfrige Langeweile, die er vergebens mit der Flasche zu bekämpfen suchte. Je mehr sich die Pulle lehrte, desto grösser wurde seine Müdigkeit. Die Abstände zwischen den einzelnen Zügen wurden immer kürzer. Was hätte er auch sonst tun können als zu trinken! So trank er, spürte seine Glieder schwer und schwerer werden; Hitze und Alkohol belasteten sie wie Bleigewichte. Seine Jacke drückte ihn und er erhob sich, um sie abzulegen. Dabei fiel sein Blick auf das fest schlummernde Kind. Lächelnd, nicht mehr sicher auf den Beinen, trat er näher und betrachtete gerührt das kleine Wesen, dessen eines winziges Häustchen sich aus der deckenden Hülle herausgeschoben hatte.

Dann verschwamm plötzlich alles vor seinen Augen. Jedes Empfinden schwand. Nur eines wusste er noch: dass diese weisse, weiche Fläche vor ihm zum Schlafen bestimmt war. Aechzend sank er auf das Bett nieder, drehte sich zur Seite, und bald rasselten seine tiefen Schnarchtöne in die Stille.

Der andere, wenig Platz beanspruchende Schläfer war, als sich die grosse Körpermasse zu ihm drückte, unruhig geworden. Dunkel spürte er ihr warmes, atmendes Leben, und er kroch mit dem zutraulichen Instinkt eines jungen Kätzchens auf den wie ein Berg vor ihm aufgebauten Rücken des Tobias zu. Gleich darauf war er wieder eingeschlafen.

So ruhten beide friedlich nebeneinander, der eine besinnungslos im Rausch, der andere matt vom Fieber. Beide ruhebedürftig, beide nichts als Schlaf verlangend. Und keiner ahnte, dass ihr Beisammensein eine Gefahr in sich barg, dass der bewegungslose schwere Menschenleib den dicht neben ihm liegenden kleinen, schwächlichen Körper des Kindes bedrohte wie die Lawine das schutzlose Tal dem kleinsten Zufall, dem Wink des Schicksals anheimgegeben.

Gleichmässig, von allem Geschehen im Raume unberührt, tickte die alte Wanduhr. Die Zeiger gingen ihren Kreis, jeder nach seinem vorgeschriebenen Bewegungsgesetz, dem Zwange der stählernen Feder gehorchend. Sie hielten auch nicht an, als sich Tobias im Schlafe auf den Rücken legte und ohne Wissen und

Wollen, nach dem Willen eines unbekanntes Gesetzes, das junge Leben unter sich erstickte.

Rudolf Schmitt=Sulzthal.

Verschandelung durch Wiederaufbau.

SPD. Ein grosser Teil der herrschenden europäischen Kultur beruht auf jenem einheitlichen Kulturgute, das uns vom antiken Griechenland überliefert worden ist. Sichtbare Zeugen dieser alten Kultur sind die heute noch vorhandenen Trümmer von Bauten auf dem Burghügel von Athen. Einzelne dieser Bauten, wie die Propyläen, die den Eingang zur Burg bildenden Torhallen, und das Erechtheion, einen verschiedenen Göttern geweihten Tempel, hat man deshalb auch wiederhergestellt. Dabei waren verhältnismässig wenige Schwierigkeiten zu überwinden, weil die einzelnen Teile dieser Bauwerke in den Trümmern aufgefunden werden konnten. Dagegen konnte der wichtigste Bau der Blütezeit der athenischen Republik, des sogenannten perikleischen Zeitalters, also das der Göttin Athene geweihte Parthenon, nur als Ruine wieder aufgebaut werden. Im Laufe der Jahrhunderte wurde es vielfach entstellt; es diente auch zeitweilig als Kirche, als Moschee, als Pulvermagazin und wurde 1687 bei einer Belagerung der damals unter türkischer Herrschaft stehenden Stadt von einer venezianischen Bombe zertrümmert.

Trotzdem will man neuerdings das Parthenon unter Verwendung von Mitteln, die amerikanische, also der antiken Kultur ganz fremde Enthusiasten zur Verfügung gestellt haben, wieder in seiner ursprünglichen Gestalt erstehen lassen. Ein solches Beginnen geht denn doch weit über die Grenzen hinaus, die dem modernen Interesse am klassischen Altertum gesteckt sind. Da die meisten Säulen des Parthenon zertrümmert und vom Gebälk nur noch wenige Reste vorhanden sind, so dürfte der Endeffekt eine recht fragwürdige Konservatorenarbeit sein, die sich kaum von jenen erbärmlichen Imitationen unterscheiden wird, wie sie im 19. Jahrhundert überall aufgeführt wurden. Auch die endgültige Wirkung des neu errichteten Parthenon sollte nicht viel anders sein, da sich die geistigen Voraussetzungen heute vollkommen gewandelt haben. Ausserdem wäre auch wissenschaftlich nichts damit gewonnen, weil das Wesentliche schon längst bekannt ist und ein Aufbau aufgrund zu falschen Vorstellungen führen muss. Daran wird auch das Bestreben nichts ändern, die neuen Teile als solche neben den noch vorhandenen alten zu kennzeichnen.

Dr. O. B.

Der Sinn des Lebens.

SPD. Die elektrischen Wellen, die eben die grosse Sendestation verlassen hatten, jagten mit unermesslicher Geschwindigkeit durch den Raum. Nach menschlichen Begriffen führten sie ja eigentlich überhaupt kein Leben, denn zwischen ihrer Geburt und ihrem Tode lag nur der Bruchteil einer Sekunde. Für die Zeitlupe der Wellen bedeutete er aber doch ein volles Dasein, das sogar hinreichende Weile für Gespräche übrigliess.

"Ich mache mir zuweilen Gedanken über den Sinn unseres Lebens", sagte solch eine Welle zu ihrer Schicksalsgefährtin. "Es ist klar, dass unser Ursprung in der Hochfrequenzmaschine liegt und eine unserer wichtigsten Voraussetzungen die Antenne ist, von der aus wir unsere Fahrt angetreten haben. Aber

zu welchem Zwecke jagen wir über Häuser, Strassen, Wälder und Flüsse dahin, und wie wird das alles einmal enden?"

"Wie es endet?" sagte eine andere Welle, "nun, irgendwann lösen wir uns auf und werden unbelebte Atmosphäre, aus der eine andere Hochfrequenzmaschine, vielleicht neue elektrische Wellen erzeugt, Ich habe mal von einer grossen Wiederkunft gehört".

"Was hätte man schon davon", sagte die erste Welle nachdenklich, "wenn alles nur genau wieder so würde, wie es jetzt ist, und warum sollte die Maschine uns später noch einmal in den Raum schleudern, und welche Ziele sollte sie damit verfolgen?"

"Wer das wüsste", wurde ihr von einer etwas zum Leichtsinn neigenden Welle geantwortet. "Man soll sich darüber nicht so viele Gedanken machen. Es wird so sein, dass wir alle unseren Selbstzweck in unserer blossen Existenz tragen und den Anblick der schönen Welt geniessen sollen."

"Damit kann ich mich nicht zufrieden geben", warf die andere Welle ein. "Wir müssen eine Mission zu erfüllen haben; das fühlt man doch. Ich weiss nur nicht recht, welcher Art sie sein, und in wessen Interesse sie liegen soll. Vielleicht läuft es darauf hinaus, dass wir unseren Weg immer geradeaus fortsetzen und uns niemals brechen lassen sollen."

"Als ob uns die Freiheit der Entschliessung gegeben wäre", höhnte die erste Welle. "Tritt ein Leitungsdraht in unsern Weg, dann müssen wir eben in ihm aufgehen und uns unser Gesetz von ihm vorschreiben lassen. Ueberhaupt sollten wir mechanischer denken und uns nicht so viel mit metaphysischen Spekulationen abgeben. Der Weg zur Erkenntnis unsres Daseinszweckes kann nur über den der Erkenntnis unserer physikalischen Konstruktion führen. Hier liegt noch viel im Argen."

"Ich wieder", warf eine vierte Welle ein, "neige zu der Ansicht, dass in der Apparatur der Hochfrequenzmaschine und in der Technik unserer Hinausschleudering in den Aether unser innerstes Wesen zu begreifen ist."

"Zu wenig Bedeutung", sagte eine fünfte Welle, "wird unserm Psychischen beigemessen, unsrer Reaktionsfähigkeit auf äussere Umstände unseres Erlebens. Nasse Landstriche zum Beispiel wirken auf mich äusserst belebend, trockene, heisse hingegen deprimierend. In dieser Richtung müsste exakt weitergeforscht werden. Ich bin überzeugt, dass sich wertvolle Aufschlüsse daraus gewinnen liessen."

"Und doch..." grübelte wieder eine andere Welle, "das alles ist wohl nicht die richtige Spur. Irgend etwas anderes muss noch mit hineinspielen in unser Leben. Man ahnt es manchmal dumpf. Vielleicht, vielleicht... Aber man kann das nicht so in Worte fassen und sich auch keine rechte Vorstellung davon machen."

Ein Schreckensschrei ertönte; "Da", sagte die erste Welle, "da!", und sie deutete auf eine Antenne, die in der Verlängerung ihres Weges lag: "Das unentzerrbare Schicksal, der frühzeitige Tod!" Und sie und ihre Nachfolgerinnen stürzten in den Mechanismus der Empfangsapparatur hinein.

"Achtung, Achtung!", tönte es den Hörern in diesem Augenblick in die Ohren. "Es folgt jetzt der Vortrag über den Sinn des menschlichen Daseins im Lichte der neueren Philosophie."

Drago.

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

32)

SPD. Kerroch tat dasselbe, und da sie einen Krug voll abgezapft hatten, liessen sie es nicht dabei bewenden, sondern sie setzten sich an den Tisch und tranken weiter. Nach und nach wurden sie berauscht.

Zuerst wurden ihre Zungen lebendig. Le Moal taute auf. Dieser stämmige Bursche mit der langen Nase, den breiten Ohren und den starken Händen, der sonst so schweigsam und langsam wie ein Arbeitstier war, sprach beschwingt, sogar mit Wucht. Er ging die Ereignisse des Vormittags nach, wiederholte immerzu die gleichen Phrasen in gebieterischem Tone und schlug dazu immer häufiger auf den Tisch.

Kerroch hatte die Phantasie der Vergangenheit. Die prickelnde Wärme, die ihm durch die Eingeweide lief, das Aroma, der Tisch, die Gläser liessen ihn die eigentliche Umgebung vergessen und trugen ihn in die Räumlichkeiten zurück, in denen er sich früher berauscht hatte. Und wie in den Schenken von Brest nahm er sich vor, seinen Kameraden durch die Erzählung zu imponieren.

Und wie armselig sind im Grunde die Erzählungen vom Landurlaub der Matrosen in Brest!

Sobald die Barkasse sie an Land gebracht hat, gehen sie untergehakt zu dritt oder zu viert wiegenden Ganges, als wollten sie noch immer das Schlingen ausgleichen, durch die Strassen. Sie sehen sehr männlich aus, denn Gesicht und Hals sind gebräunt - und sehr kindlich in ihren Blusen mit dem grossen Kragen und dem gestreiften Trikot darunter. Einzelne Gruppen begnen einander, verbrüdern sich und schwellen an. Dann stehen sie haufenweise vor den Schaufenstern. Sie stehen vor den Geschäften der Uhrmacher und Juweliere, in denen viele blitzende Gegenstände ihre knabenhaften Blicke fesseln. Dann gehen sie die traurige und finstere Strasse hinunter und betrachten belustigt die Frauen, die ihnen aus den Fenstern einladend zuwinken und deren helle Morgenröcke sich angenehm von den grauen Mauern abheben. Unterwegs werden sie von den Kneipenwirtinnen festgehalten. Aber sie entscheiden sich nicht sofort. Die Vielfalt der Verlockungen macht sie unsicher. Das ist begreiflich. Schliesslich entscheidet man sich, doch ohne irgendeinen bestimmten Grund zu haben. Die ganze Truppe tritt durch eine niedrige Tür ein. Die Runden folgen in dichter Reihenfolge. Eine wird getrunken, um die trockene Kehle anzufeuchten. Die zweite macht etwas redseliger; die dritte verleiht freiere Bewegungen, und die vierte erschärft den Blick. Schnell zieht die Bande in die nächste Kneipe. Das Fest erhält einige Variationen. Ein Kamerad singt mit seiner etwas schleppenden, aus der Kehle kommenden Stimme, die Leute aus dem Volke annehmen, wenn sie Rührung ausdrücken wollen; mit der Mütze auf den Augen haben die anderen unbeweglich zugehört. Dann haben sie angefangen zu brüllen, die Refrains mitgesungen und sie mit Fusstrampeln oder Faustschlägen begleitet, die den Tisch zum Wackeln brachten. Freunde - die man Tage vorher noch nicht kannte - haben Herzen aus gebackenem Teig oder die mit rotem Zucker übergossenen Aepfel auf Stangen, die man in Brest auf der Strasse verkauft, spendiert. Man hat ihre Artigkeit mit einer Einladung zum Tanz erwidert. Man nimmt die Kellnerinnen um den Leib und dreht sie zu den Klängen einer Harmonika schwer im Kreise. Und da alle diese Kneipen einen Hinterraum besitzen, der durch einige Vorhänge wie ein Arkaden aussieht; ist in den Matrosen das Blut lebendig geworden. Nach dem Suff die Liebe. Sie gehen hinter irgendeiner Frau her. Und das Fest wird in einem Bett mit weissen Vorhängen fortgesetzt. Dann kommt der grosse Bummel. Die Betrunknen schwanken durch die Strassen; sie kämen vom Fleck, wenn nicht die vielen Fehlritte ihrem Gang den Zickzackkurs gäben und sie auseinanderrissen

In der Erzählung sind diese Feste natürlich etwas ganz anderes! Was für Heldentaten sind geschehen! Sie haben alles gekauft, alles zerbrochen und alle geküsst!

Kerroch war über der Erzählung seiner Abenteuer selbst in Hitze geraten. Er sang aus vollem Halse ein Matrosenlied und verfluchte den Turm, der ihn gefangen hielt. Plötzlich kam ihm ein wirrer Gedanke, an den er sich mit der Hartnäckigkeit eines Betrunknen klammerte.

"Sag' mal, hör' mal...." und er neigte sich über den umgegossenen Gin dicht an Le Moal heran.

Der wiegte lächelnd den Kopf.

"Da liegt eine kleine Frau oben....Nun?....Frauen...die sind doch dazu da, dass man was mit ihnen anstellt....Wir sind wahrlich nicht die ersten!"

"Bist wohl wahnsinnig geworden!"

"Du willst also nicht!....Dann mache ich es eben allein!"

Le Moal machte ihm mit würdigem Schluckauf Vorhaltungen:

"Das musst du nicht tun...."

"Ich mache, was ich will! Ich werde meine Aufwartung machen...."

Der andere im Bewusstsein, dass sein Kamerad im Begriff war, etwas Schlechtes zu tun, versuchte aufzustehen. Aber er fiel schwer auf seinen Stuhl zurück. Er konnte nur den Arm ausstrecken und stammeln:

"Lass das....Lass das....weisst du...."

Kerroch richtete sich auf und schlug auf den Tisch. "Es bleibt dabei.... Zum Donnerwetter!...."

Er nahm den Krug und schleuderte ihn zu Boden, von jener Wut besessen, die mit der Trunkenheit entsteht und zu überflüssigen Gewalttaten neigt. Mit stumpfen Augen und speichelnassen Mundwinkeln schlug er mit den Händen in der Luft herum und ging schwankend durch das Zimmer.

"Aber Junge! So hör' doch!"....stammelte Le Moal mit belegter Stimme.

Aber sein Kopf fiel vornüber; er schlug mit der Stirn auf den Tisch und schlief ein.

Kerroch kletterte die Treppe hinauf; sie erdröhnte von seinen Schritten, sein schwerer Körper glitt aus; fluchend erhob er sich wieder, und seine Hartnäckigkeit liess ihn das Zimmer des Ingenieurs erreichen. Der Anblick des Bettes und der weissen Tücher, unter denen sich die Formen einer Frau abzeichneten, brachten ihn von Sinnen. Er glaubte sich im Alkoven eines schmutzigen Hauses: mit einem Ruck zog er die Decken herunter und entblösste den starren Körper.

Dieses weisse Fleisch machte ihn vollends wahnsinnig. Mit seinen schmutzigen Händen betastete er es in bestialischer Weise. Er sagte obzöne Worte, Flüche und Zärtlichkeiten wild durcheinander. Die Kälte des Fleisches tat seinem Fieber wohl. Er zog seine Kleider aus und legte sich, nur noch mit seinen grauwollenen Strümpfen bekleidet, auf das Lager.

Nach einigen Minuten war er in tiefen Schlaf gefallen. Nach mehreren Stunden erwachte er. Seine verwirrten Gedanken konnten keinen Weg ins Freie finden. Ein Hammer schlug in seinem Kopf von einer Schläfe zur andern. Er blieb mit offenem Munde auf dem Rücken liegen und atmete schwer. Aber sein Arm war beim Ausstrecken einer Hand begegnet. Der tastete verständnislos weiter und drehte seine müden Augen herum.

(Fortsetzung folgt.)